NUMMER 01-07
SOMMER 2007

SONDERNUMMER
EMANZIPATION

# tendenz

jd/jl-Sommercamp
27.7. bis 5.8.07
mehr auf S. 9 und 12

Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

**Schwerpunkt (1-3)**
CDU und Kleinkinder, Elterngeld und Gebärstreik, Macho-Hip-Hop, Nazifrauen

**Ökologie (4)**
Neue alte Atomkraft und die unsichtbare Hand des Ökokapitalismus

**DemoGrund (6-7)**
Vorratsdatenspeicherung, RAF-Debatte und eine Chronik der Überwachung

**Sommercamp (9)**
Party, Plantschen und Politik: Das jd/jl-Sommercamp, Debatte um den G8-Gipfel

**Migration (10)**
Bleiberecht, Abschiebehaft und Abschiebung im Morgengrauen

Emanzipation

# Was Frauen wollen...

**... oder besser: was Frauen wollen sollen, beschäftigt nicht erst seit Eva Hermans Hausfrauenplattitüden die Feuilletons. Es wird über Feminismus debattiert. Eigentlich eine gute Sache, könnte man meinen.**

Die Protagonisten der Debatte könnten unterschiedlicher nicht sein und sind allzu oft von Problemen getrieben, die mit Feminismus wenig oder gar nichts zu tun haben. Frank Schirrmacher geht es um die Demographie – die Deutschen sterben aus. Der Kirche und Teilen der CDU/CSU geht es um die Famlie, dem Kern der Gesellschaft – die Werte wie Ehe und Mutterglück verfallen. Und von der Leyen hadert mit den Erzkonservativen ihrer Partei um die Kinderbetreuung. Neo-FeministInnen mögen sich am liebsten nicht mehr mit dem F-Wort betiteln, da es nach Verteidigung aus der „Opferrolle“ heraus klingt. Sie fahren mit der neuen „F-Klasse“ vor und proklamieren die „Klasse-Frau“: die Gewinnerin der Marktwirtschaft à la Thea Dorn, Feminismus auf neudeutsch.

Zur Zeit ist medial ein bestimmter Typ von opferbereiten Differenzfeministinnen en vogue. Sie surfen auf der gleichen Welle wie konservative Politiker: Ihrer Meinung nach emanzipieren sich Frauen am besten in den Arbeitsfeldern, die ihren ‚weiblichen Fähigkeiten' am meisten entsprechen. Die Diskussion bewegt sich dabei in einem höchst spekulativen Terrain, nämlich der Frage, wie Frauen glücklicher wären und wo sie sich ‚als Frauen verwirklichen' können. Die einen beklagen, Frauen seien von ihrer Mutterrolle entfremdet, die anderen gestehen immerhin Entscheidungsfreiheit zu, aber alles zu gleicher Zeit gehe eben nicht: An der Doppelbelastung von Arbeit und Haushalt zerbreche auch die stärkste Frau auf Dauer, also sollten wir uns besser frühzeitig entscheiden. Und wenn dabei neben dem individuellen Glück auch noch Ehe, Familie und die Würde der Frau gerettet werden - umso besser.

Laut der amerikanischen Feministin Susan Faludi haben solche Debatten just dann Konjunktur, wenn die wirtschaftliche Situation eines Landes schwierig ist, die Einkommen sinken und die Arbeitsplatzkonkurrenz härter wird. Die Unverträglichkeit von Arbeits- und Privatleben, die Hinwendung zur Familie als Wert scheinen praktische Instrumente zu sein, um Frauen vom umkämpften Arbeitsplatz zu drängen.

Gesellschaftliche Widrigkeiten, denen auch mit *gender mainstreaming* nicht beizukommen ist, werden gerne vertuscht. Lieber werden strukturelle Probleme individualisiert und die neue Anti-Emanzipation mit mangelnder Emanzipation begründet: Weil Frauen faktisch nicht gleichberechtigt genug sind, müsse die Gleichberechtigung aufgegeben werden. Weil die Unabhängigkeit von Frauen allen Beteiligten das Leben schwerer mache, sollen sie sich in Abhängigkeit begeben und zum Beispiel auf eigenes Einkommen verzichten. Gleichzeitig wird genau gegenteilig argumentiert: die Geschlechtergleichheit sei längst verwirklicht, wer noch immer daran rum krittelt, habe es nur individuell nicht geschafft, die vorhandenen Chancen zu nutzen.

Eine seltsame Sicht, die Missstände, die Ursachen der Frauenbewegung waren und sind, verdeckt und gleichzeitig Errungenschaften der Emanzipation verschweigt. Auch jetzt ist die Gleichberechtigung noch lange nicht Wirklichkeit: Die Frauen haben sich angestrengt – die Hälfte von allem haben sie trotzdem nicht.

Derzeit wachsen (!) die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern sogar wieder; Frauen verdienen bei gleicher Arbeit statistisch 24 % weniger. Noch immer gibt es die „gläserne Decke“ beim beruflichen Aufstieg. Frauen, insbesondere Mütter, stellen den größten Anteil der neuen Armen.

Das tragische an der aktuellen Debatte über Feminismus ist, dass sie uns lange anerkannte Argumente wieder nimmt, denn sie hat beschlossen, dass die Probezeit vorbei ist: Entweder können Frauen nicht ebenbürtig sein – denn dann wären sie es längst –, oder sie sind es und haben deshalb kein Recht zur Klage mehr.

Bleibt letztlich die Frage, ob zwischen diesen Kampflinien der neuen neoliberalen FeministInnen und den alten opferbereiten DifferenzfeministInnen noch Land für wirklich linke und emanzipatorische und vor allem feministische Politik ist. Notwendig wäre sie allemal.

*Vera Wallrodt und Astrid Papendick*

Kommentar

# Afghanistan – das deutsche Vietnam?

Zu Jahresbeginn wurde auf allen Meinungsseiten das Rauchverbot in Gaststätten heftig diskutiert. Der nahezu zeitgleiche Beschluss über den erstmaligen Einsatz von deutschen Kriegsflugzeugen im Süden Afghanistans sorgte dagegen für vergleichsweise wenig Wirbel.

Dabei hat sich die überwiegende Mehrheit des Bundestages Anfang März immerhin dafür ausgesprochen, dass es – neben zivilen Aufbauhilfen – vor allem des fortgesetzten Krieges bedarf, um das zerrüttete Land gegen den Widerstand von Gotteskriegern und Warlords zu stabilisieren.

Allerdings wandte sich eine überraschend hohe Zahl von ParlamentarierInnen – unter ihnen nicht wenige aus den Reihen der Regierungsparteien – gegen ein erweitertes Bundeswehrmandat im Rahmen der *Internationalen Schutztruppe für Afghanistan* (ISAF).

Skepsis ist durchaus angebracht, lässt doch bereits der Entsendungs-Auftrag aufhorchen: Denn selbst wenn die deutschen Kampfflugzeuge mit modernster Technik ausgestattet sind – die „Aufklärung“ der feindlichen Stellungen könnten ebenso gut unbemannte Drohnen oder Satelliten leisten.

Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Bundesregierung auf Drängen der Nato-Verbündeten – allen voran der USA – mit dem Einsatz im gefährlichen Süden Afghanistans vor allem ihren „good will“ unter Beweis zu stellen versucht.

Jedoch wird der Druck in den kommenden Monaten noch zunehmen, ist doch in Afghanistan bislang weder die Aussicht auf einen stabilen Frieden noch eine erfolgversprechende Exit-Option vorhanden. Und insbesondere die Bush-Regierung versucht händeringend, ein weiteres Desaster ihrer kriegerischen Außenpolitik zu verhindern.

Spätestens mit der Entscheidung über die erneute Verlängerung des ISAF-Mandats im kommenden Herbst wird daher die Forderung laut werden, dass ebenfalls deutsche Bodentruppen gegen aufständische Milizen im Süden Afghanistans vorgehen sollen. Dann aber – so bereits heute die Befürchtung – wird die BRD an der Seite der Amerikaner noch tiefer in einen kriegerischen Konflikt hineingezogen werden, der militärisch nicht zu gewinnen ist.

Die gute Nachricht lautet also, dass die bisher parteienübergreifende Zustimmung gegenüber der deutschen Kriegspolitik in Afghanistan zu bröckeln beginnt. Allerdings spielen dabei weniger die Rechtswidrigkeit des Einsatzes oder mögliche „Kollateralschäden“ eine Rolle. Es ist vielmehr die Sorge vor einer nicht einholbaren Destabilisierung Afghanistans und damit das Szenario eines „deutschen Vietnams“, welche zahlreiche Abgeordnete vor einem deutschen Tornado-Einsatz am Hindukusch zurückschrecken lässt.

Diese Entwicklung mit all ihren Folgen befürchtet offenbar auch die Mehrheit der BundesbürgerInnen: Kurz vor der Entscheidung des Bundestages sprachen sich immerhin mehr als 75 Prozent der Befragten gegen die vom Bundestag beschlossene Ausweitung des deutschen ISAF-Einsatzes aus.

*Daniel Leisegang*

CDU-Familienpolitik

# Kleinkindbetreuung passt ins Bild

Die KommentatorInnen wundern sich: Eine CDU-Familienministerin und so fortschrittliche Vorschläge in Sachen Kinderbetreuung? Von einer ‚kleinen Revolution' und vom Ankommen in der frauenpolitischen Realität ist die Rede, auch von ‚Sozialdemokratisierung' und der Überwindung alter Rollenbilder. Dabei darf man nicht vergessen, dass die Vorschläge Ursula von der Leyens durchaus nicht neu sind – ihre beiden sozialdemokratischen Vorgängerinnen haben bereits das gleiche gefordert. Neu und so verwunderlich ist nur, dass eine CDU-Politikerin Angebote für familienexterne Betreuung fordert. Als die Familienministerin ankündigte, für eine halbe Million Kleinkinder Krippenplätze zu schaffen – wenn auch erst im Laufe der nächsten sechs Jahre – war die gesellschaftliche Zustimmung insgesamt groß, nur aus einer Ecke wurde sich mächtig empört: Eine kleine aber einflussreiche, stockkonservative Riege von CDU-Politikern sah Jahrzehnte alte christdemokratische Grundsatzpositionen bedroht. Sie wollen das ‚klassische Familienbild' nicht aufgeben, argumentieren mit Freiheit vor staatlichen Eingriffen und dass es durchaus Frauen gäbe, die in ihrer Mutterrolle Erfüllung fänden.

**Konservative gegen Marktliberale**

Ihnen gegenüber stehen die marktliberalen Kräfte der CDU, die verstanden haben, dass Kinderbetreuung nicht nur eine emanzipative Frage ist, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor. Schon zu Beginn der Rot-Grünen-Regierungszeit Ende der 90er Jahre befasste sich die bundesdeutsche Politik mit der Frage der Kinderbetreuung. Man hatte nämlich Statistiken aus skandinavischen Ländern gelesen und manch interessanten Schluss daraus gezogen: Erstens war dort eine deutlich höhere Frauenerwerbsquoten zu verzeichnen, auch Mütter standen dem Arbeitsmarkt also zur Verfügung. Zweitens hatten diese Länder höhere Geburtenraten, und das obwohl so viele Frauen arbeiteten. Drittens konstatierte die im Jahre 2000 veröffentlichte PISA-Studie, skandinavische Kinder seien bessere SchülerInnen, wohl auch aufgrund der frühkindlichen Förderung.
Insofern braucht niemand erstaunt zu sein, wenn Ursula von der Leyen die Familienpolitik der letzten zehn Jahre fortsetzen will: Kleinkindbetreuung passt ins wirtschaftspolitische Profil der CDU. Gut ausgebildete junge Frauen sollen dem prognostizierten Fachkräftemangel Abhilfe schaffen, höhere Erwerbsquoten und bessere Betreuungsangebote die Geburtenrate erhöhen und die professionelle Betreuung von Kleinkindern deren frühstmögliche Förderung und damit Formung zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen.

**Das ökonomische Argument zieht**

Es mag sein, dass von der Leyen sogar einen Fortschritt in Sachen Gleichberechtigung und Entscheidungsfreiheit anstrebt, vielleicht auch nicht. Durchsetzen wird sie sich jedenfalls in erster Linie aufgrund der ökonomischen Argumente für Kleinkindbetreuung. Deshalb braucht sie sich auf die Wertedebatte ihrer parteiinternen Gegner auch nicht weiter einlassen: Mögen die dem alten Familienbild hinterher trauern und gegen von der Leyens ‚Rebellion' zetern – Krippenausbau ist europäischer Standard und allgemein als wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt. Er wird kommen, auch ohne feministische Politik.

*Gesa Heinbach*

**Georg Fülberth: Finis Germaniae -** Deutsche Geschichte seit 1945, Hardcover, 318 S., EUR 19,90

Der prägnante Überblick arbeitet die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse in den vier Besatzungszonen 1945 - 1949, in den beiden deutschen Staaten 1949 - 1990 sowie in der vergrößerten Bundesrepublik heraus.

**Ludwig Elm: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz,** Brosch., 332 S., EUR 18,00

Von Adenauer und Strauß über Kiesinger und Kohl zu Stoiber und Merkel - Der deutsche Konservatismus von seinen NS-Hypotheken à la Filbinger über die »Gnade der späten Geburt« zur aggressiven Weltpolitik von heute

**Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie -** Hardcover, 407 S., EUR 24,90

Von Athen bis zur EU - Canfora entwickelt einen Begriff von Demokratie, der diese nicht als formale Fassade oligarchischer Macht auffaßt, sondern als Volksherrschaft auf der Grundlage von Gleichheit.

**PapyRossa Verlag** | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln | T. 0221-44 85 45 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

**Florence Hervé / Renate Wurms (Hg): Das Weiberlexikon,** Hardcover, 508 S., EUR 29,90

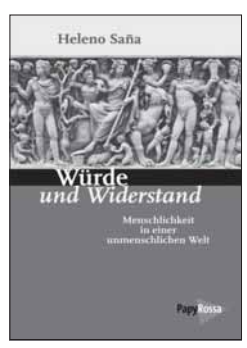
Das feministische Lese- und Bilderbuch zum Nachschlagen und Schmökern bringt Stichworte zu Geschichte und Politik, Gesundheit und Recht, Bildender Kunst, Fotografie, Film, Literatur Tanz, Theater und Sport.

**Richard Gebhardt (Hg): Rosen auf den Weg gestreut -** Deutschland und seine Neonazis, Br., 202 S., EUR 14,90

Das reputierliche Umfeld, das den Neonazis die Rosen auf den Weg streut; deren Konzepte und Praktiken; die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen Faschisten erstarken; Gegenstrategien.

**Heleno Saña: Würde und Widerstand -** Menschlichkeit in einer unmenschlichen Welt, Hardcover, 229 S., EUR 18,-

Alternativen zur kapitalistischen »Zivilisation der Barbarei«, die nur Geld- und Machtgier, Gewalt und Krieg aller gegen alle kennt. Menschliche Würde ist untrennbar mit Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse verbunden.





Soziale Selektivität

# Ungeliebte Eltern

**Die soziale Selektivität des Elterngelds und der „Gebärstreik" der Akademikerinnen**

Die Einführung des Elterngelds soll nach Angaben des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMSFJ) dazu dienen, „jungen Müttern und Vätern einen Schonraum zu geben, sich ohne finanziellen Druck Zeit für ihr Neugeborenes zu nehmen". Dabei macht der Kontext der Debatte durchaus deutlich, welche Mütter und Väter hier im Mittelpunkt stehen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um demographische Entwicklung und Überalterung wurde der Geburtenrückgang und insbesondere der angeblich extreme Geburtenrückgang bei Akademikerinnen als das Grundübel der Familienpolitik identifiziert.

**Gewinner und Verlierer des Elterngeldes**

Angesichts dieser Problemanalyse verwundert es nicht, dass die neue gesetzliche Regelung zum Elterngeld rund 240.000 Haushalte unter den Geringverdienenden und EmpfängerInnen von ALG II finanziell deutlich schlechter stellt als bisher. Während nämlich das frühere Erziehungsgeld über 24 Monate gezahlt wurden, verkürzt sich der maximale Bezugzeitraum nun auf 14 Monate. Für all jene Familien, die bisher die 300 Euro (Maximalbetrag des Erziehungsgeldes), und auch jetzt 300 Euro (Grundbetrag des Elterngeldes) erhalten, bedeutet dies eine deutliche Einbuße. Hinzu kommt, dass das alte Erziehungsgeld nur an Paare gezahlt wurde, die weniger als 30.000 Euro bzw. an alleinverdienende Eltern, die weniger als 23.000 Euro im Jahr verdienten. Auf das Elterngeld haben dagegen alle Anspruch, es beträgt immer 67 Prozent des letzten Nettogehalts, aber maximal 1800 Euro. Haushalte mit mittlerem oder höherem Einkommen, die bislang keine oder nur eine geringere Förderung erfahren haben, sind somit die Gewinner der Neuregelung. Für Geringverdienende gilt dagegen einmal mehr die Feststellung des Armutsberichts: Wer Kinder hat, unterliegt einer deutlich größeren Gefahr arm zu werden und es dauerhaft zu bleiben.
Diese soziale Selektivität ist politisch gewollt, um nach den Worten des Spiegel, „den produktiven Kern der Gesellschaft" zur Reproduktion zu motivieren. Dabei ist die Rede vom Gebärstreik der Akademikerinnen empirisch kaum haltbar: Entgegen der verbreiteten Behauptung, 40 Prozent der Akademikerinnen seien kinderlos, kommt die Forschung darüber, wie solche Zahlen überhaupt zustande kommen, zu einem anderen Ergebnis. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Demographie hat dargelegt, dass die bisherigen statistischen Erhebungsmethoden zur Erfassung der Geburtenentwicklung insgesamt mangelhaft sind. So wird beispielsweise nach den im Haushalt lebenden Kindern gefragt – statt nach der Anzahl der Geburten einer Frau. Schätzungsweise sind etwa 30 Prozent der Akademikerinnen kinderlos, und damit kaum mehr als Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Von Geburtenstreik kann also keine Rede sein.

**Nur eine finanzielle Frage?**

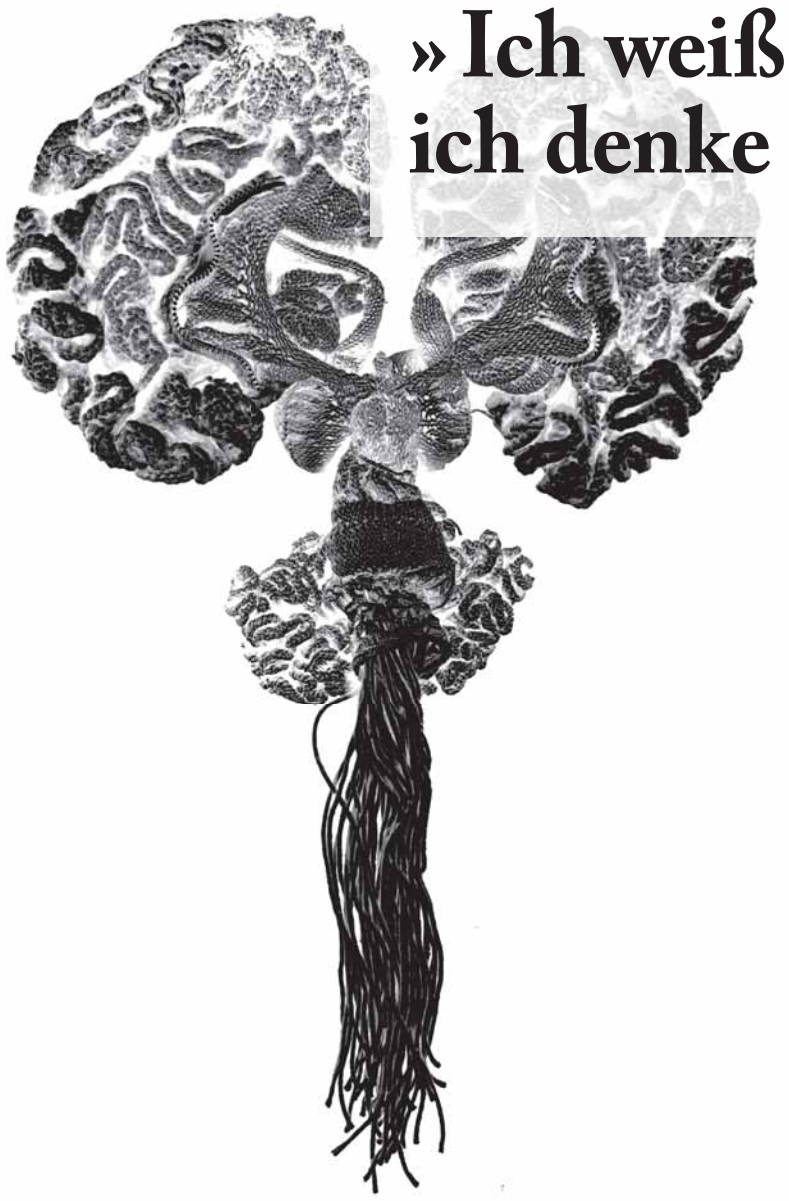
Jenseits dieser falschen Datenanalyse ist aber fraglich, ob sich die Entscheidung für oder gegen ein Kind tatsächlich auf eine finanzielle Frage reduzieren lässt. So ist das Problem der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Anforderungen auch über den ökonomischen Aspekt hinaus gerade für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger nach wie vor ungelöst. Solche Unsicherheitsfaktoren erschweren die Entscheidung für ein Kind – auch unabhängig von der finanziellen Ausstattung.

*Anuscheh Farahat*



tendenz_01_2007_col.indd 2 28.05.2007 00:18:09

Sexismus und Hip-Hop



# » Ich weiß, was mein Problem ist: ich denke pausenlos mit meinem Penis «

Der Sexismus ist im HipHop kaum zu übersehen: Rumgepose und Mackerverhalten, Videos mit leicht bekleideten Frauen, die Reduzierung von Frauen auf entweder Nutten/Schlampen oder Mütter/Schwestern, die Ausbreitung von Machtphantasien gegenüber Frauen in den Texten und eine verschwindend geringe Minderheit weiblicher Raperinnen zeichnen das Bild einer extrem sexistisch strukturierten Kultur.
Dementsprechend sieht es im Normalfall auf einem Jam aus: die Männerquote ist knapp unter den 100 Prozent. Ist doch einmal eine Frau dabei, dann ist sie in der Regel die Freundin eines der Anwesenden. Nur im seltensten Fall geht sie auf die Bühne und trägt einen Freestyle vor. Ein Battle mit einem der anwesenden Herren findet erst Recht nicht statt.
Denn auf der Bühne reicht es nicht einfach nur zu rappen. Begleitet wird das Ganze von intensiv verinnerlichten iken, die vor allem eines ausdrücken sollen: Ich bin der Coolere, der Geilere und sowieso besser als der Rest. Noch härter geht es beim Battle zu: der Gegner muss zerschmettert werden, die Beleidigungen müssen bei aller Kreativität so verletzend sein, dass der Kontrahent, bildlich gesprochen, zu Boden geht. Der Härteste – und damit männlichste – gewinnt.
Dass Frauen auf so einen frauenfeindlichen Mackerscheiß keine Lust haben, ist einleuchtend.
Es ist kaum verwunderlich, dass diese Dominanzkultur nicht einmal selten in offenen Sexismus umschlägt. Ein Blick auf MTV/Viva reicht um das mitzubekommen: Der coole und absolut souveräne Mann trägt seine Texte vor. Dazu gibt es „schmückendes Beiwerk“ in Form meist tanzender, halbnackter Frauen, über die der Mann verfügen kann. Der Anspruch selbst denkende Wesen zu sein wird den im Video präsentierten Frauen abgesprochen, sie werden zu Waren, zur Aneignung durch den Mann geschaffen. Die Texte der Lieder sind dabei keinen Deut besser, sondern strotzen von sexualisierter Gewalt. Deutlich wird das an Rappern wie beispielsweise Bushido, der sich 2005 in einem Interview mit der Bravo, in dem es um seine bevorstehende Verheiratung mit einer ihm unbekannten Frau aus dem Libanon ging, über den „großen Komplex der deutschen Frauen“ ausließ, den nämlich „so krass emanzipiert sein“ zu wollen: „Außerdem bin ich der Mann – ich habe eh immer recht!“
Eine klare Trennlinie scheint im Denkmuster der Machos vom Dienst zwischen ihrem eigenen familiären weiblichen Umfeld und allen anderen Frauen zu verlaufen, frei nach dem Motto: „Alles Schlampen, außer Mutti.“ Und so widerspricht es sich keineswegs, dass ein Sido in seinem Vokabular das Wort „Frauen“ restlos durch „Schlampen“, „Huren“ und „Nutten“ ersetzt zu haben scheint, aber dennoch einen Track schreibt, in dem er seine Mutter über alles lobt. Frauen sind, so die Logik, nicht grundsätzlich Schlampen, sie können sich auch fügen und, vermittelt durch das Instrument der Familie, sich dem Mann restlos zum Untertan machen. Die „Hure” muss sich also dem Mann unterwerfen um in diesem Prozess zur „Mutter” zu werden und damit den Status einer anständigen Frau zu erlangen.
Wirklich dem Trend zuwiderlaufende Tendenzen gibt es im HipHop kaum, und wenn kommen sie meistens von weiblichen MCs. Für eine wirkliche Veränderung müsste dem Sexismus im HipHop der Nährboden entzogen werden und das ist das in der gesamten Gesellschaft zu findende Patriarchat. Denn letztlich ist auch HipHop nur ein Spiegel der Gesellschaft.

*Eric von Dömming*

Rechtsextremismus

# Rechter „Feminismus“

**Im Herbst letzten Jahres gründete sich die erste bundesweite Frauenorganisation der NPD. Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) will „nationale Frauen“ aktivieren und sich gleichzeitig „dem Feminismuswahnsinn in den Weg stellen“ – ohne dabei einen Widerspruch zu sehen.**

Ist dies nun eine neue Strategie der Rechten oder bloß eine PR-Kampagne? Zunächst einmal bleibt festzustellen: In der rechtsextremen Szene haben Frauen immer schon eine aktive Rolle gespielt. Nichtsdestotrotz wurden über Jahrzehnte diese Frauen zumeist als Mitläuferinnen abgetan.
Schon das Bild der Frauenrolle in der Nazipropaganda, die schweigend erduldende Mutter, entsprach kaum der Realität engagierter Nationalsozialistinnen, von den Frauen der SS-Männer bis zu KZ-Aufseherinnen.
Erst Anfang der 90er entdeckte die Frauenforschung im Rechtsextremismus neben männlichen Funktionären und prügelnden Nazi-Skins auch Mädchen und Frauen, die mehr waren als „Opfer“.

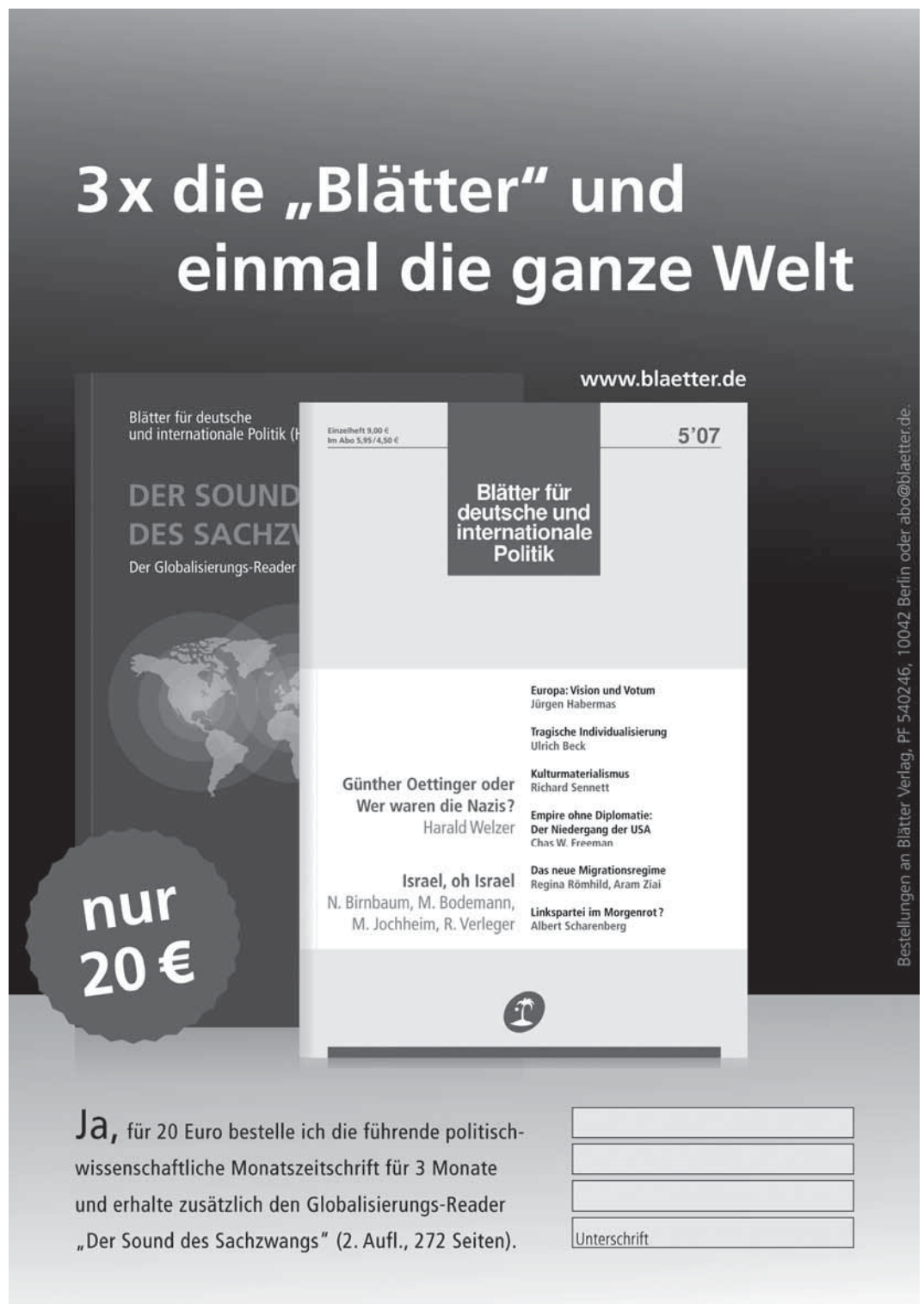
### Von rechten „Emanzen“ und Skingirls

Die meisten Aktivistinnen der rechten Szene treten selten offensiv und provokativ auf, weswegen sie auch heute noch in klischeehaften Darstellungen, vom einschlägigen Deutschpunk bis zum *Tatort* kaum auftauchen. Den je nach Region und Organisation 10-30% weiblichen Rechtsextremen wird das aber kaum gerecht.
So wie es nicht *den* Rechtsextremismus gibt, gibt es auch nicht *das* Frauenbild. Während sich die Mädchen und Frauen in neonazistischen Jugendcliquen gegen den krassen Chauvinismus der männlichen Kameraden nur durch Aneignung eben dieser Frauenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft Respekt verschaffen können, haben Autorinnen der Neuen Rechten keine Probleme, rechte Ideologie einerseits und eine weitgehend autonome „Selbstbestimmung“ andererseits unter einen Hut zu bringen.
In der rechten Szene hat sich schon seit längerem herumgesprochen, dass Frauen besser von Frauen politisiert werden, dass Frauen deeskalierend auf PolizistInnen wie antifaschistische DemonstrantInnen wirken, leichter Räume anmieten können, und schließlich wesentlich effizienter als „Anti-Antifas“ in der linken Szene spitzeln als ihre männlichen Kameraden.
Auf der anderen Seite kann der RNF auch als Versuch der NPD verstanden werden, sich nach außen möglichst anderen Parteien anzugleichen. Schließlich existieren Frauenorganisationen in allen großen Parteien, in denen die Anzahl der weiblichen Mitglieder mit 20-30% kaum besser ausfällt.

### „Wir werden keine Mutter-Kind-Gruppe der Partei sein“

Während im Muttermythos der nationalsozialistischen Propaganda die Aufgabe der Frau allein in Gebären und Aufzucht neuer Generationen besteht, beanspruchen die „modernen“ rechten Frauen das Recht auf eigenständige „Meinungsbildung“ und politische Mitgestaltung neben ihren männlichen Kameraden.
Gleichwohl wird die Idee der „naturgemäßen Aufgaben und Pflichten“ der Geschlechter damit nicht verworfen. So stellt die Pressesprecherin des RNF, Petra Palau, denn auch fest, dass der Feminismus der 68er einen Keil zwischen die Geschlechter getrieben habe – ausgerechnet in einem Artikel zum Internationalen Frauentag.

*Lenhard Suermann*






tendenz_01_2007_col.indd 3 28.05.2007 00:18:11

Atomkraft

# Strahlend in die Zukunft

**In Deutschland wird über das Klima diskutiert. Diese Debatte wird von der Atomlobby erfreut aufgenommen und für eigene Zwecke instrumentalisiert. Dem Klimawandel könne nur entgegengesteuert werden, wenn man verstärkt auf Atomkraft setze.**

Das Argument ist nicht neu. So wird von den VerfechterInnen der Atomkraft weiterhin die Mär von der Null-CO2-Technologie Atomkraft verbreitet, aber nicht zur Kenntnis genommen, dass zur Atomkraft noch mehr gehört als der konkrete Prozess der Kernspaltung. Die gesamte Atomspirale wird übersehen. Atomkraftwerke (AKW) brauchen Uran, das hauptsächlich in Australien, Kanada oder Afrika abgebaut wird. Das muss nach Deutschland transportiert werden, anschließend muss es angereichert werden, und dann müssen daraus wieder in einer anderen Anlage Brennstäbe gemacht werden. Nach der Kernspaltung wird der strahlende Atommüll evtl. zu einer Plutoniumfabrik (auch Wiederaufarbeitungsanlage genannt) gefahren, anschließend zu einem Zwischenlager, das nur nicht Endlager genannt wird, um nicht noch mehr Protest hervorzurufen. Die Endlagerung, ist genau wie auch der Bau oder Abriss eines AKWs keineswegs CO2-neutral.
Dass Atomkraft als „Klimaretterin" dienen soll, scheint absurd, wenn man sich den Anteil von Atomkraft am Weltenergieverbrauch ansieht. Nach Angaben der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) beträgt dieser 2,1%. Bei einem dagegen riesigen Anteil von fossilen Energieträgern hat die Atomkraft kaum eine Auswirkung auf das Klima.
Dass es der Atomlobby weniger ums Klima als um eigene Profitinteressen geht, wird auch daran deutlich, dass die vier großen Energiekonzerne in Deutschland, während sie aus Klimaschutzgründen eine Renaissance der Atomkraft fordern, gleichzeitig neue Kohlekraftwerke bauen lassen und damit den Klimaschutz mit Füßen treten.

### Sicher ist nur das Risiko

Bei der Diskussion um Atomenergie und Klimawandel müssen nicht nur die Risiken des Klimawandels beachtet werden, sondern genauso auch die der Atomkraft. Soll die Gefahr eines Klimakollapses durch die eines Super-GAUs ersetzt werden? Atomkraft kann nicht kontrolliert werden, menschliche und technische Versagen sind schon im „Normalbetrieb" an der Tagesordnung. Um das zu sehen, reicht es, sich die Liste der alleine in Deutschland meldepflichtigen Störfälle anzusehen. Die Menschen in der Umgebung von Atomanlagen werden verstrahlt und sind erheblich höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, das zeigen verschiedene Untersuchungen.
Der Störfall im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark im letzten Jahr hat wieder einmal gezeigt, dass auch in „westlichen" Reaktoren gilt: Sicher ist nur das Risiko. Weniger als eine halbe Stunde hat gefehlt und auch in Deutschland wären die Folgen zu spüren gewesen.
Was mit dem ganzen Atommüll passieren soll, ist noch immer ungeklärt und wird es auch wohl bleiben. Der Müll wird noch Millionen von Jahren strahlen, ein Endlager wurde immer noch nicht gefunden. Es ist zudem auch völlig illusorisch zu glauben, der Atommüll ließe sich über diesen unvorstellbaren Zeitraum irgendwie sicher von Menschen und Tieren fernhalten.
Im Rahmen der Klima-Debatte wird von der deutschen Atomindustrie beantragt, die ältesten Reaktoren noch weiter am Netz zu lassen. Grundlage dafür ist die fälschlicherweise als „Atomkonsens" bezeichnete Vereinbarung zwischen Regierung und Atomwirtschaft, die eine Reststrommenge vorgibt, die von den Atomkraftwerken produziert werden darf. Die AKW-Betreibenden dürfen beantragen, Reststrommengen von einem aufs andere Atomkraftwerk zu übertragen, eigentlich um die älteren eher abschalten zu können ohne Strommengen zu „verlieren". Nun sollen aber gerade die ältesten Reaktoren noch länger laufen! Damit verfolgt die Atomindustrie eindeutig das Ziel, all ihre Kraftwerke in die nächste Legislaturperiode „hinüberzuretten". Wenn bis dahin noch oft genug das Lied von der Atomkraft als Klimaretterin gesungen wird – vielleicht ist Atomkraft ja dann politisch durchsetzbar und der Weg frei für einen dauerhaften Weiterbetrieb der Atomkraftwerke.

*Felix Werdermann*

Ökokapitalismus und Klimawandel

# Neues von der „unsichtbaren Hand"

**Nach einem Winter, der keiner war, und immer neuen alarmierenden Befunden über die Folgen der Erderwärmung wird die Ökologiedebatte mit neuer Heftigkeit geführt. Doch statt eines grundlegenden gesellschaftlichen Wandels ist Marktgläubigkeit angesagt.**

„Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün." Mit dieser These überschrieb eine Gruppe grüner Bundestagsabgeordneter Ende 2006 das Impulspapier für einen Kongress zum Thema „Grüne Marktwirtschaft". Ihre verblüffende Kernthese: Angesichts knapper werdender Ressourcen und globaler ökologischer Probleme wird der Marktmechanismus alle (tatsächlichen oder vermeintlichen) politischen Probleme lösen. Das Papier liest sich wie ein Wunschzettel neoliberaler Politik. Schlagworte wie Bürokratieabbau, Förderung des Wettbewerbs und des Unternehmertums oder Forderungen etwa nach einer zunehmenden Privatisierung öffentlicher Aufgaben verbinden sich zu einer Gesamtkonzeption, der zufolge beispielsweise das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt umgebaut werden soll.

### Klimaschutz als ökonomischer Imperativ

Auch Ökoverbände und -initiativen versuchen zunehmend, mit ökonomischen Argumentationen zu punkten. Dabei fehlt selten der Hinweis auf einen Report des britischen Ökonomen Nicholas Stern, der davor warnt, dass durch den Klimawandel eine Schrumpfung der Weltwirtschaft in Größenordnungen um 20% zu befürchten sei. Klimaschutz gilt demnach als ökonomischer Imperativ. Warnungen vor schmelzenden Polkappen, Dürre, Überflutungen und vernichteten Ökosystemen treten zurück hinter die Befürchtung, die Erderwärmung stehe einem dynamischen Wirtschaftswachstum im Wege.
In der internationalen Klimaschutzpolitik werden marktkonforme Regelungen kaum noch in Frage gestellt. So ist ein zentraler Bestandteil des vielfach gepriesenen Kyoto-Protokolls, dass die Berechtigung zum Ausstoß klimaschädlicher Gase zu einem individuellen Recht erklärt und damit zur Handelsware gemacht wird. Kritik am Handel mit Emissionszertifikaten beschränkt sich meist darauf, dass dieser staatlicherseits nicht konsequent genug umgesetzt wird. Gerade wenn dieses Konzept konsequenter umgesetzt würde, käme ein grundlegendes Marktgesetz voll zum Tragen: Wer in welchem Umfang Emissionsrechte bzw. die unter ihrem Einsatz erzeugten Produkte kaufen kann, hängt von der sehr ungleich verteilten Möglichkeit ab, für diese zu bezahlen. Die Frage, welche verteilungspolitischen Auswirkungen von dieser rein über „den Markt" organisierten Verknappungspolitik zu erwarten sind, findet erstaunlich wenig Beachtung.

### Umweltpolitik als Standort- und Wettbewerbspolitik

Gerade von PolitikerInnen der grünen Partei wird tunlichst abgewehrt, mit Vorwürfen wie dem der „Wirtschaftsfeindlichkeit" belegt zu werden. Dies ist jedoch keineswegs bloß eine diskursive Strategie, um mit den „eigentlichen" ökologischen Forderungen im politischen Mainstream mitzuschwimmen, sondern dient etwa im Konzept der „Grünen Marktwirtschaft" zur Begründung eines umfassenden neoliberalen Politikentwurfs, in dem ökologische Fragen bloß noch am Rande vorkommen.
Die einst als „weltfremder Idealismus" denunzierte Umweltpolitik wurde so längst zur knallharten Standort- und Wettbewerbspolitik umdefiniert, die durch globale Marktordnungs- und Freihandelspolitik flankiert werden soll. Die AnhängerInnen ökokapitalistischer Konzeptionen werben für diese mit dem Versprechen einer allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards im globalen Maßstab – bei gleichzeitiger Abwendung der erwartbaren katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels. Zur Begründung solcher Einschätzungen dienen sattsam bekannte Grundannahmen wirtschaftsliberaler Ideologie, wie etwa, dass die unsichtbare Hand des Marktes das freie Spiel der Kräfte zu einem aus gesellschaftlicher Sicht allgemein wünschenswerten Ergebnis lenken wird. Was das heißen soll hat mit Umweltpolitik nur mehr wenig zu tun. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht stattdessen die „nationale Wettbewerbsfähigkeit" auf internationalen Märkten: „Deutschland kann als Hochlohnland nur durch Technologievorsprünge wettbewerbsfähig bleiben." Der Rest der Welt kann ja mit niedrigen Löhnen und wirtschaftlicher Abhängigkeit versuchen, es sich gut gehen zu lassen.

*Gunther Heinisch*



tendenz_01_2007_col.indd 4 28.05.2007 00:18:13

Das Erbe der Militärdiktatur

# Pinochet und die Pinguine

**Pinguine haben im vergangenen Jahr chilenische PolitikerInnen in Angst und Schrecken versetzt und die ganze Nation in Atem gehalten. Pinguine: Jungen und Mädchen in grauen Schuluniformen, die es satt haben, in einem System der Ungleichheit zu leben. Einem System, das Augusto Pinochet am letzten Tag seiner Amtszeit installierte, und das auch in den 16 Jahren der „Demokratie“ nicht beseitigt wurde.**

Die Pinguine sind selbstbewusst. Zu den zentralen Forderungen gehören Busfahrten, kostenlose Zugangsprüfung für die Universitäten, Abschaffung der städtischen Zuständigkeit für die Schulen sowie Abschaffung des verhassten Gesetzes LOCE (Ley Organica Constitucional de Educación). Hinzu kommen Forderungen, die die Mängel in der Infrastruktur der einzelnen Schulen betreffen.

**Genese eines Protestes**

Die SchülerInnen und StudentInnen gingen im März letzten Jahres spontan für ihre Forderungen auf die Straße, streikten, besetzen ihre Schulen. Weit kamen sie indes nicht. Bereits am Versammlungsort, der Plaza Italia, ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Mädchen und Jungen vor. Spezialeinsatzkräfte nahmen Kinder und Jugendliche fest. Die Demonstration war von der Stadtregierung nicht autorisiert worden und folglich illegal.
Die Pinguine zogen ihre Konsequenzen daraus, dass die Autoritäten auf Repression setzten, und sie waren klug genug, der Regierung nicht aus der Hand zu fressen, als diese der Peitsche das Zuckerbrot folgen ließ. Nach den Übergriffen der Polizei besetzten die SchülerInnen ihre Liceos, Institutos und Colegios: Eine Bewegung, die in Santiago begann, täglich mehr Beteiligte (zeitweise 600.000) melden kann und sich nun über das ganze Land zieht.

**Konsequenzen**

Den Schülern und Schülerinnen ist es gelungen, ein ausgesprochen wichtiges Thema auf die Agenda der chilenischen Gesellschaft zu bringen. Sie haben die Politik unter Druck gesetzt und StudentenInnen, LehrerInnen und Gewerkschaften durch die Massivität ihres Auftretens dazu bewegt, Stellung zu beziehen. Zudem haben sie in weiten Teilen der frustrierten, und sich enttäuscht von der Politik abgewandten Bevölkerung neue Hoffnungen geweckt. Das sind unbestreitbare Erfolge.
Für die Diskussion um das künftige Bildungssystem wurde im Juni 2006 ein Runder Tisch (Consejo Asesor Presidencial para la Calidad de Educación) einberufen. Knapp 80 VertreterInnen aus allen Bereichen des Erziehungssystems, darunter auch jene, die dank LOCE Profit aus der Bildung schlagen, sind in diesem Gremium vertreten, das die Themen Finanzierung, Qualität, Städtische Verwaltung und Reform des LOCE in verschiedenen Untergruppen diskutiert.
Unklar bleibt, was die SchülerInnen über die Zugeständnisse der Regierung (kostenlosen Busfahrten und subventionierte Uni-Zugangsprüfungen) hinaus noch erreichen werden. Sie zeigen jedoch Ausdauer: Da auf ihre Hauptforderungen, wie die Abschaffung des LOCE nicht eingegangen wurde, traten sie Ende des Jahres offiziell aus dem Runden Tisch aus. Knapp ein Jahr nach den letzten Protesten kam es nun anlässlich des Zusammenbruchs des öffentlichen Nahverkehrs wieder zu Protesten der Pinguine. Es sieht so aus als seien die Pinguine wirklich „Die erste soziale Bewegung, die in den vergangenen 16 Jahren diesen Namen verdient“, wie es der Soziologe Eduardo Valenzuela Chadwick ausdrückt.

> Schüler- und StudentInnen kritisieren das LOCE grundsätzlich vor allem deshalb, weil es aus der Bildung ein Geschäft mache, während sich der Staat dort aus seiner Verantwortung zurückziehe. Sie fordern eine aktivere Rolle des Staates bei der Finanzierung und der Qualitätssicherung der öffentlichen Bildung in Chile.

*Boris Schöppner ist Journalist. Im Herbst erscheint sein Buch „Nur Mut. Geschichten aus dem chilenischen Widerstand“ im Frankfurter Trotzdem Verlag.*

Autorität und Bildung

# Macht in der Schule

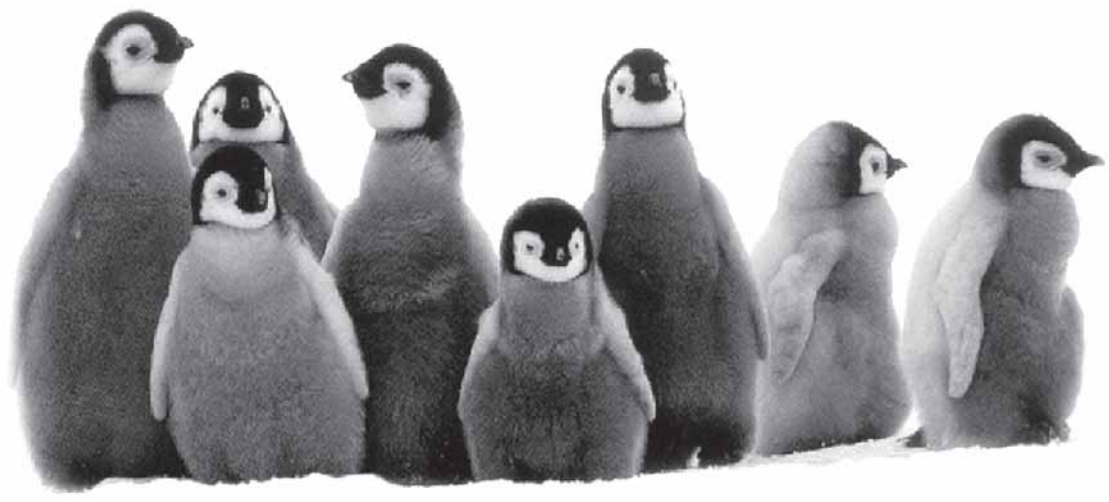
**Oft wird „Autorität“ in den schärfsten Tönen kritisiert und nahezu verteufelt. Aber wie genau definiert sich eigentlich „Autorität“ und was ist so falsch an ihr? Fragen, die wir im folgenden Text zu beantworten versuchen.**

Autorität beschreibt eine soziale Position oder auch die Macht, die eine Person über einen anderen Menschen hat. Autoritäten können Entscheidungen abnehmen und unkritisches Verhalten verursachen, wodurch selbstständige Entscheidungsfindung gehemmt wird. Sie können teilweise aus Vertrauen in die Fähigkeiten einer Person selbst gewählt werden, in den meisten Fällen jedoch werden sie vom herrschenden System aufgezwungen. Aufgezwungene Autoritäten sind unter anderem Eltern, die Polizei oder auch Lehrkräfte. Letztere bekommt die SchülerInnenschaft so gut wie jeden Tag zu spüren: In der Schule soll man angeblich zum/zur selbstständigen, kritisch denkenden BürgerIn ausgebildet werden, wie oft und gerne weisgemacht wird. Wie soll dies jedoch funktionieren, wenn SchülerInnen durch die Autorität der Lehrkräfte aufhören zu zweifeln und nachzudenken, weil das Wort der Lehrerin ja sakrosankt, quasi unanfechtbar ist? Ist das nicht eine Einschränkung eines unserer Grundrechte, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und -bildung, wenn einem mit einschüchternden, autoritären Lehrmethoden von der ersten Klasse an das Lernen verdorben wird, weil man für Schwächen und Fehler bestraft wird anstatt sofort sinnvolle Hilfe zu erhalten? Gibt es denn eine Alternative zur Autorität? Gewiss.

**Alternativen**

Das Gegenstück zu unserem System wäre eine antiautoritäre Schule, völlig frei von Lehrzwängen, Strukturen und Hierarchien. Dieses Schulsystem basiert auf absoluter Selbstbestimmung. Man kommt und geht wann man möchte und wie, wo und wann man was lernt, unterliegt nur dem eigenen Willen. Hier wäre das Problem, dass wir in bestimmten Fächern wie Mathematik Grundlagen benötigen und diese dann vielleicht durch eigenständige Entscheidung nicht erhalten. Dieses System stößt jedoch an die Grenzen der Schulpflicht, weshalb wir noch eine andere Alternative vorstellen.
In dieser sind Zwänge vorhanden, denn die Schule muss besucht werden und es ist vorgegeben, dass man in diversen Fächern Grundlagen erhält, doch bestimmt man selbst über den Zeitpunkt und die Intensität des Lernens. Lehrkräfte legen Grundwissen an und dienen danach nur noch als Hilfe bei Problemen und Wissensfragen. Sie sind sozusagen eine Art „Zapfsäule“. Der Vorteil dieser Idee ist, dass SchülerInnen weniger das Gefühl haben lernen zu „müssen“, sondern stattdessen die Möglichkeit haben, sich am Lernen zu erfreuen.
Der Unterschied zum zuvor genannten Schulsystem ist der, dass den SchülerInnen eine vollständige Ausbildung gesichert ist und keine gravierenden Bildungslücken, die vielleicht im späteren Leben zu Problemen führen könnten, entstehen können.
Für welchen Ansatz wir uns auch immer entscheiden, er lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Kleine Schritte sind nötig, um sich einem besseren System anzunähern: Kleinere Klassen, Schwächung der Autorität der Lehrkräfte, demokratische Schule, in der die SchülerInnen-Vertretung mehr Mitbestimmungsrechte hat, also auch der/die SchülerIn mehr entscheiden kann. Dies ist nur gemeinsam zu erreichen. Gegen autoritäre Lernmethoden, für freies Lernen!

*Violetta Wohland und Christian Ihringer*



Das deutsche Bildungssystem

# Das Recht auf Bildung

**Der UN-Sonderberichterstatter für Bildung, Vernor Muñoz, besuchte zu Beginn des letzten Jahres die Bundesrepublik Deutschland. Sein Bericht beschäftigt sich mit dem Menschenrecht auf Bildung.**

Bevor Muñoz seinen Bericht schrieb, traf er mit VertreterInnen der Bundesregierung, einiger Landesregierungen sowie mit der Ständigen Konferenz der KultusministerInnen zusammen. Er besuchte auch UN-Vertretungen und Nichtregierungsorganisationen, ebenso sprach er mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und besuchte verschiedenste Schulen.
Es stellte sich heraus, dass die Bundesrepublik ein stark föderal organisiertes Bildungssystem besitzt mit einer Abiturientenquote von 37%, die unter dem Durchschnitt der OECD-Länder (Industrieländer) von 49% liegt. Das Vorschulsystem ist in den sozialen Bereich, nicht jedoch in das Bildungssystem einbezogen. Besonders hervorzuheben ist die kurze Laufzeit der Grundschule von 4 Jahren (Berlin und Brandenburg 6 Jahre) und die darauf folgende Aufteilung der SchülerInnen auf die verschiedenen Oberschulen.
Muñoz ging auf das PISA-Ergebnis ein, dass die BRD die stärkste Verbindung von sozialer Herkunft und Bildungsleistung aufweist. Er stellte fest, dass Kinder aus armen oder ausländischen Familien an Hauptschulen überrepräsentiert sind. Es finde also durch das gegliederte Schulsystem offenkundig eine „Verdopplung der Benachteiligung“ statt.
Bei der Aufteilung der Kinder werden Sprachkenntnisse überbewertet. Das betreffe vor allem Kinder aus eingewanderten Familien. Darüber hinaus blieben viele Flüchtlingskinder der Schule fern, aus Angst vor ihrer Abschiebung oder weil die Flüchtlingsunterkünfte zu weit entfernt liegen. Kinder ohne Aufenthaltsstatus seien besonders betroffen, da die Schulen verpflichtet sind, die Kinder behördlich zu melden. Muñoz sieht an dieser Stelle einen Widerspruch zwischen dem Recht auf Bildung und dem aktuellen Einwanderungsgesetz.
Der Berichterstatter kritisierte an der Kampagne zur Eingliederung von Kindern mit Behinderungen, dass „Integration“ hier als Anpassung der Kinder verstanden werde. Das Bildungssystem sollte sich aber an die Betroffenen anpassen und nicht umgekehrt. Weniger als die Hälfte dieser Kinder besuchen Regelschulen.
Auch wenn das Bildungssystem über eine hohe Einschulungsquote verfüge, stelle die Vielschichtigkeit des Systems Kinder aus verschiedenen Randgruppen vor Probleme. Dies betreffe Kinder von MigrantInnen, Kinder aus ärmeren Schichten und Kinder mit Behinderungen. Das Bildungssystem hat nach Muñoz eine „ausgrenzende Wirkung“.
Daher empfiehlt der UN-Berichterstatter der Bundesrepublik u.a.
- das gegliederte Schulsystem zu überdenken, insbesondere die frühe Aussonderung,
- eine Vorschulerziehung, die kostenfrei und für alle Kinder offen ist,
- die pädagogische Ausbildung der Lehrkräfte zu stärken,
- Hilfe für Kinder mit sprachlichen Problemen auszubauen,
- die Rechtssituation der benachteiligten Gruppen zu stärken,
- die Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen in Gang zu bringen
- und selbst Studien einzuleiten – über die Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung in Deutschland.

*Julian Voigt*



tendenz_01_2007_col.indd 5 28.05.2007 00:18:13

# Kleine Chronik der Überwachung

**1983:** Nach großen Protesten gegen eine Volkszählung erzwingt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Datenschutzgesetz.

**März 1998:** Der „Große Lauschangriff“ wird vom Deutschen Bundestag beschlossen. Privatwohnungen werden überwacht.

**2001:** Die Einführung der „Gewalttäterdatei Links“ führt zu Ein-/Ausreiseverboten zum G8-Gipfel in Genua.

**Juli 2001:** Neue Volkszählungen – unbemerkt! Nach dem Bundestag stimmt auch der Bundesrat dem „Gesetz zur Vorbereitung eines rechnergestützten Zensus“ zu.

**Nach Sept. 2001:** Innenminister Schily bringt umfassende Gesetzesänderungen als „Terrorabwehr“ ein, die sogenannten „OttoKataloge“. Geheimdienste dürfen in den Datenbeständen von Banken, Post-, Telekommunikations- und Flugunternehmen schnüffeln. Von einreisenden Ausländern und Flüchtlingen werden nun auch Sprachaufnahmen und biometrische Daten erfasst und gespeichert.

**Oktober 2001:** Mit der Telekommunikationsüberwachungsverordnung wird eine technische Infrastruktur geschaffen, die eine Überwachung per Knopfdruck ermöglicht. Handyortung und Erstellung von Bewegungsprofilen wird erlaubt.

**Februar 2004:** Durch Zufall finden DatenschützerInnen einen RFID-Chip in der Metro-Kundenkarte

**März 2004:** Das Bundesverfassungsgericht widerspricht dem „Großen Lauschangriff“. Die Bundesregierung kündigt eine Überarbeitung des Gesetzes an.

**Dezember 2004:** Der Rat der Europäischen Union verabschiedet die umstrittene Verordnung zur Einführung biometrischer Merkmale in Reisepässen.

**November 2005:** Startschuss für biometrische Pässe in Deutschland

**Frühjahr 2006:** Die Fußballstadien sind zur Herren-Fußball-WM mit einzigartigen Sicherheitstechniken ausgestattet: Vollständige Kameraüberwachung, Identifizierung an den Einlässen, Tickets mit RFID-Chips. Um überhaupt Karten zu bekommen, müssen umfangreiche Daten preisgegeben werden.

**Dezember 2006:** Das Bundeskabinett verabschiedet einen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Fingerabdrücken in Reisepässen, das ab November 2007 gültig sein wird. Künftig sind Kinder nur noch bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres von der biometrischen Datenerfassung befreit.

**Frühjahr 2007:** Eigentlich sollte sie schon eingeführt sein – wegen Verzögerungen ist erst im Laufe des Jahres mit der elektronischen Gesundheitskarte zu rechnen.

**März 2007:** „Anti-Terror-Datei“ – die umfassendste Datensammlung der BRD startet. BKA aber auch Geheimdienste sollen darauf zugreifen dürfen.

*Zusammengetragen von Astrid Papendick*

Vorratsdatenspeicherung

# Moderne Begehrlichkeiten

**Videoüberwachung öffentlicher Plätze, Sammlung biometrischer Daten, funkende Pässe, Online-Rasterfahndungen, Überwachung des E-Mail-Verkehrs, Bundestrojaner, Lauschangriff, Verbot von Anonymisierungsdiensten, Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei durch „gemeinsame Arbeitsdateien“, Nutzung der Maut-Daten für die Strafverfolgung, anlasslose Personenkontrollen, europäische Fingerabdrucks-Datenbank und nun auch noch – Vorratsdatenspeicherung.**

Hinter dem Begriff Vorratsdatenspeicherung verbirgt sich ein Gesetzesentwurf, der die Verpflichtung aller Telediensteanbieter festschreibt, alle „Verkehrsdaten“ (mindestens) sechs Monate zu speichern und sie den Behörden auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Dieser Gesetzentwurf wird am 6. Juli dem Bundestag vorgelegt und könnte dann nächstes Jahr in Kraft treten. Telediensteanbieter sind z.B. Telefonanbieter, Internetanbieter, Mailprovider und Mobilfunkanbieter. Verkehrsdaten dokumentieren, von welchem Apparat über welchen Weg zu welchem Apparat eine Kommunikationsverbindung aufgebaut wurde.
Um es konkreter zu machen: Es geht darum zu speichern, wer wann mit wem wie lange und von wo telefoniert, und wer wann von wo welche Internetseite besucht oder Emails verschickt hat. Das heißt, Personen werden geortet, Bewegungsprofile erstellt und geschäftliche wie private Kontakte rekonstruiert. Um diese Überwachung zu gewährleisten, ist ein Verbot von Anonyminisierungsdiensten oder anonymen E-Mail-Konten vorgesehen.
Es geht zwar (noch) nicht um eine Speicherung der übertragenen Inhalte, aber schon durch die Auswertung von Nutzerprofilen z.B. beim Internetsurfen lassen sich weitreichende Aussagen über politische Interessen, Hobbies, persönliche Vorlieben etc. treffen. Somit ist eine – vom Gesetzgeber postulierte – Trennung von Verkehr- und Inhaltsdaten de facto nicht möglich.

**Und was ist daran jetzt neu?**

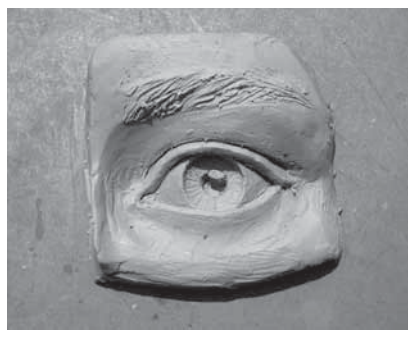
Die neue Qualität dieser Überwachungsmaßnahme liegt in der systematischen verdachtsunabhängigen Überwachung aller Telekommunikation aller Bürger der EU.
Ohne jeden Verdacht sollen diese sensiblen Informationen gesammelt und gespeichert werden. Sie sind dann für die Verfolgung vieler Straftatbestände zugänglich – auch für sogenannte Online-Kriminalität, wie das „illegale“ Runterladen von Musik. Auch wer sich dummerweise an einem belebten Ort aufhält, an dem eine Straftat begangen wird, findet sich – wenn er just in dem Moment telefoniert hat – unter den Verdächtigen wieder.

**Und warum der ganze Kram?**

Wie bei allen Sicherheitsgesetzen und Grundrechtseinschränkungen der letzten Jahre liegt die Begründung im „Kampf gegen den Terrorismus“, die pauschale Überwachung von 450 Millionen EU-Bürgern bringt dafür aber überhaupt nichts. Vielleicht werden Anonymisierungsdienstleister im Ausland attraktiver, zur Kriminalitätsbekämpfung ist die Vorratsdatenspeicherung aber bestimmt nicht zu gebrauchen. „Für Kriminelle bliebe es einfach, mit relativ simplen technischen Mitteln eine Entdeckung zu verhindern“, sagt selbst der Europäische Verband der Polizei.
Worum es zumindest auch geht, zeigt der jetzt diskutierte Gesetzesentwurf, der den Zugriff auf die Daten nicht nur Strafverfolgungsbehörden, sondern auch Geheimdiensten, der Musikindustrie und anderen Staaten im Rahmen von internationalen Verträgen gewähren will: Der grundgesetzlich garantierte Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Staat wird rückgebaut, das Kontrollnetz soll engmaschiger werden.

*Kaya Deniz*

Weitere Informationen unter:
www.vorratsdatenspeicherung.de



Ein Kommentar zum StudiVZ

# Sozialkapital online – Datenschutz adieu

Eigentlich ist es doch eine feine Sache: Einloggen, ein paar persönliche Angaben machen, sich ein nettes Profil zulegen und dann kann man Stunden damit verbringen, Freundinnen und Freunde zu suchen, sich darüber freuen, dass man sie gefunden hat und sich noch ein paar sinnvollen oder witzigen Gruppen anschließen. Alles in allem ist das Studiverzeichnis „StudiVZ“ eine Internetplattform, die es möglich macht, Bekanntschaften zu pflegen und wieder aufleben zu lassen oder einfach ein netter Zeitvertreib. Wäre da bloß nicht die Krux mit dem Datenschutz.
Das inzwischen von der Holtzbrinck-Verlagsgruppe (u.a. Die ZEIT) übernommene StudiVZ hat in Deutschland nach eigenen Angaben rund 1,5 Millionen Mitglieder. 1,5 Millionen Mitglieder, die bei ihrer Anmeldung private Daten angeben mussten, deren Schutz nicht gewährleistet ist. Denn die Skandalmeldungen häufen sich: Eine Sicherheitslücke nach der anderen, die Hacker nutzen könnten, um an die Daten der StudiVZ-Mitglieder ranzukommen.
Dass es dabei auch um die knallharte Frage eigener Grundrechte geht, ist nicht gleich klar. Denn das Grundrecht, um das es geht, heißt Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Zunächst klingt das nicht gerade spannend. Doch der Schein trügt. Hinter dieser trockenen Formulierung verbirgt sich ein Abwehrrecht, das gewährleistet, dass weder der Staat noch eine private Einrichtung Zugriff auf die Privatsphäre eines Menschen bekommt.
Nun kann natürlich eingewandt werden, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auch die Preisgabe eigener Daten beinhaltet. Das ist soweit zwar richtig, verkennt aber das zentrale Problem: StudVZ ist mit seinen 1,5 Millionen Mitgliedern nicht nur irgendeine soziale Internetplattform, sondern ist vielmehr Bestandteil studentischen Lebens geworden.
Das Problem ist also, dass Studierende auf eines ihrer Grundrechte verzichten, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
Notwendig wäre also ein Studiverzeichnis, das seinen Nutzer_innen freistellt, welche Daten sie angegeben, sie gleichzeitig auf die Möglichkeiten des Missbrauchs hinweist und die Sicherheitsstandards massiv erhöht. Diese Kriterien kann StudiVZ aber nicht erfüllen. Kommerzielle Interessen haben sich noch nie um Grundrechte gekümmert.

*Danny Butter*



tendenz_01_2007_col.indd 6 28.05.2007 00:18:14

Gefahrenabwehr in Mecklenburg-Vorpommern

# Wie SPD, Linkspartei und CDU den Rechtsstaat demontieren

**Im Vorfeld des G8-Gipfels im Juni 2007 beschloss der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern schon ein Jahr zuvor ein neues Polizeigesetz. Elementare Grundrechte wurden damit ausgehebelt, Tür und Tor für polizeiliche Willkürakte geöffnet.**

Das mecklenburgische Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG), das die Kompetenzen der Polizei in Sachen Gefahrenabwehr regelt, ist nun eines der repressivsten der Republik. Zwar liegt das nördliche Bundesland damit voll und ganz im bundesdeutschen Trend der landespolizeilichen Befugniserweiterungen – etwas seltsam mutet jedoch an, dass das Gesetz einhellig von den regierenden Parteien (Linkspartei und SPD) sowie mit nahezu sämtlichen Stimmen der oppositionellen CDU beschlossen wurde. Parlamentarischer Widerstand der Linken? Fehlanzeige!

**Datenschutz ist Täterschutz ...**

... scheint die Devise zu sein, nach der Rot-Rot das neue SOG modelliert hat. Neben den bisher existenten Grundrechtseinschränkungen – etwa der Ermöglichung von Bespitzelung durch so genannte verdeckte Ermittler – wurden auch die Grundlagen für eine flächendeckende Videoüberwachung des öffentlichen Raums gelegt. Eine immens unscharfe Regelung sorgt nun dafür, dass die Polizei faktisch nach Belieben Videokameras aufstellen kann. Hinzu kommt ein automatisches Autokennzeichenlesesystem, das serienmäßig eingesetzt werden kann, um erfasste Kennzeichen entweder mit dem Fahndungsbestand oder anderen polizeilichen Dateien abzugleichen.
Auch die Möglichkeit einer umfassenden präventiven Telekommunikationsüberwachung wurde neu eingeführt. Begründet mit der Abwendung terroristischer Gefahr oder „organisierter Kriminalität“ darf die Polizei in großem Maß Kommunikationsinhalte, ob gesprochen oder geschrieben, überwachen und speichern.
Neben einer starken Ausweitung der Möglichkeiten zur Rasterfahndung hat sich Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern allerdings noch ein wahres Husarenstück einfallen lassen: Zukünftig darf die Polizei zwangsweise Blutabnahmen durchführen. Dadurch soll eine Speicherung etwaiger ansteckender Krankheiten wie AIDS oder Hepatitis in der bundesweiten Polizeidatei INPOL möglich werden. Begründet wird diese Maßnahme unter anderem mit dem Schutz von Polizeibeamten, die in Berührung mit Wunden kommen. Es liegt auf der Hand, dass das nur einen kleinen Schritt entfernt ist von einer massenhaften Speicherung genetischer Fingerabdrücke von Personen, die irgendwie in Konfrontation mit der Polizei geraten.
Der politische Hintergrund der Gesetzesnovelle scheinen die bevorstehenden Anti-G8-Proteste zu sein. Hierzu werden, lauscht man den Alarmglocken des Verfassungsschutzes, Horden von gewaltbereiten Linksradikalen anreisen. Diese gilt es in polizeistaatlicher Manier in Schach zu halten. Dass die oppositionelle CDU eine solche Politik unterstützt, verwundert nicht. Die mitregierende Linkspartei, die auch Partei der sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen sein will, handelt allerdings nach der Devise: Erst links blinken und dann scharf rechts abbiegen. Die Auszeichnung des mecklenburgischen Landtages mit dem Big Brother-Award 2006 ist gerade vor diesem Hintergrund mehr als angebracht.

*Alex Wagner*

Weiterführende Links:
http://www.bigbrotherawards.de/
http://www.rotehilfe.de/content/pdf/976

Sicherheitsverwahrung

# Der totalitäre Randbereich des Strafrechts

**Das Mittel der Sicherheitsverwahrung gilt zunehmend als adäquate Antwort auf schwere Straftaten. Die Maxime lautet: Sicherheit durch lebenslanges Wegsperren.**

Derzeit plant Justizministerin Zypries die Anwendung der nachträglichen Sicherheitsverwahrung auch bei strafrechtlich verurteilten Jugendlichen. Diese populistischen Wegsperrphantasien erweitern nicht nur stetig den wohl inhumansten Teils unseres Strafrechts. Die Sicherheitsverwahrung ist zudem mit einer Idee von Rechtsstaatlichkeit nicht mehr vereinbar.

**Sicherheitsverwahrung ist …**

Die Sicherheitsverwahrung kann bei schweren Taten zusätzlich zur Strafe angeordnet werden, wenn Verurteilte bereits einmal rückfällig geworden sind. Aufgrund einer Gefährlichkeitsprognose des Gerichts wird nach Absitzen der regulären Strafe die Haft auf unbestimmte Zeit verlängert. Wurde das Stigma der Allgemeingefährlichkeit einmal ausgesprochen, ist es für den Inhaftierten ausgesprochen schwer, zukünftige Gutachter vom Gegenteil zu überzeugen. Eine der letzten Sicherheiten im Knast, dass die Strafe irgendwann ein Ende hat, ist zunichte gemacht, wenn fragwürdige psychologische Gutachten über die Freilassung entscheiden. Unter Bedingungen sozialer Isolation die eigene Sozialverträglichkeit nachzuweisen, ist jedoch ein fast unmögliches Unterfangen. Die Zahl der so „Verwahrten“ hat sich in den letzten sieben Jahren auf knapp 400 Menschen verdoppelt.

**...nicht sehr rechtsstaatlich ...**

Die rot-grüne Bundestagsmehrheit führte im Jahre 2004 die Möglichkeit einer nachträglichen Sicherheitsverwahrung ein (§ 66b StGB). Diese kann angeordnet werden, wenn eine „fortdauernde Gefährlichkeit“ des Verurteilten erst in der Haft erkannt wurde. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht den Anwendungsbereich so strikt begrenzt, dass die nachträgliche Sicherheitsverwahrung faktisch fast nie zur Anwendung kommen kann. Doch der rechtspolitische Schaden dieser symbolischen Härte ist groß: Verurteilte sollen nicht mehr für eine konkrete, strafbare Handlung zur Verantwortung gezogen, sondern aufgrund ihres tatunabhängigen Verhaltens im Strafvollzug beurteilt werden.
Schon bei der regulären Sicherheitsverwahrung kommt der Bewertung der Persönlichkeit des Verurteilten (als Serienmörder, Triebtäter etc.) eine große Rolle zu. Bei der nachträglichen Sicherheitsverwahrung wird nun nicht mehr eine reale Tat, sondern die Gesinnung des Täters zur Urteilsgrundlage erhoben. Damit wird bei der Schuldzuweisung der Zusammenhang zwischen individueller Verantwortbarkeit (Vorsatz) und einer konkreten Tat aufgelöst. Wegen der damit verbundenen Eingriffe in die moralische Autonomie der Verurteilten weist die nachträgliche Sicherheitsverwahrung also durchaus totalitäre Züge auf.

**… aber trotzdem beliebt.**

Doch scheint dies Rechtspolitikern und -politikerinnen aus Bund und Ländern in ihrem Streben nach totaler Sicherheit vor dem „Wiederholungstäter“ wenig zu stören. Künftig soll nun auch bei Häftlingen, die nach dem Jugendstrafrecht zu mindestens sieben Jahren verurteilt wurden, nachträglich eine Sicherheitsverwahrung angeordnet werden können. Vorerst wurde ein Gesetzentwurf von Mecklenburg-Vorpommern vom vergangenen Herbst zurückgewiesen, der die Sicherheitsverwahrung auch für Ersttäter einforderte. Aber warum soll man schließlich erst warten, bis eine schwere Tat geschieht?

*Thomas Balzer*

Kommentar

## Top Secret

Zum dreißigsten Mal jähren sich nun jene Ereignisse, die in die bundesdeutsche Geschichtsschreibung als ‚Deutscher Herbst’ eingegangen sind: Von der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer bis hin zur Entführung der Lufthansamaschine Landshut. Grund genug also für allerlei mediales Brimborium.

Den ersten Anlass hierzu boten, sicher unfreiwillig, die ehemaligen RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. Mohnhaupt stellte den üblichen Antrag auf vorzeitige Haftentlassung, nachdem die festgesetzte Mindesthaftzeit verstrichen war: Sie wurde freigelassen. Klar richtete ein Gnadengesuch an den Bundespräsidenten: Köhler: Der lehnte ab.

Die Debatte, die hierum entbrannte, verlief strikt innerhalb der erwartbaren Parameter: Die CSU hob ihr hässliches Gesicht aus dem Bierdunst der Stammtische und befriedigte, sekundiert von den Schmierfinken der Springerpresse, die Wegsperr- und Kerkerphantasie ihrer Klientel. Die CDU wiegte bedenkenträgerisch den auch nicht gerade hübschen Kopf. Die üblichen Verdächtigen von Grünen, SPD und FDP gaben mehr oder weniger authentisch die Verteidiger von Rechtsstaat und Humanismus - und die Linkspartei war egal. Langweilige Politfolklore. Selbst als die Presse Äußerungen Klars ausgrub, mit denen er aufrief, „die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden“ brachte das keinen rechten Pfiff in die Angelegenheit.

**Die eigentlich wichtige Debatte fällt wohl aus**

Dabei böte der Deutsche Herbst im Allgemeinen und die Situation Klars und Mohnhaupts im Besonderen genug Stoff für wichtige politische Debatten. Beispielsweise könnte man die Morde der RAF in ihren geschichtspolitischen Kontext einbetten, und darüber reden, dass sich diese Entwicklung vor dem Hintergrund einer bockautoritären westdeutschen Gesellschaft vollzog, in der Nazi-Funktionäre beinahe bruchlos ihre Karrieren fortsetzen konnten - der Nazirichter und spätere CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger verstarb passend dieser Tage.

Es ließe sich darüber reden, welche Ähnlichkeiten die RAF-Hysterie mit der heutigen Terror-Diskussion hat, und wie damals schon der Rechtsstaat geschliffen wurde, von Verteidiger- und Angeklagtenrechten bis zu grundrechtsfeindliche Ermittlungsmethoden. Diese Linie führt geradewegs zum 2002 erlassenen Gesinnungsparagraphen 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen). Es müsste also öffentlich diskutiert werden, wie diese Gesellschaft mit ihrer Gewaltgeschichte umgeht - der polizeilich-staatlichen, der individuellen, der politischen, der kriegerischen.
Und die RAF-Debatte müsste Anlass sein, darüber zu reflektieren, wie inhuman ein Strafrecht ist, durch das Menschen kontrolliert, überwacht, genötigt, erpresst und eingeschlossen werden. Denn dass Menschen über zwanzig Jahre ihres Lebens völlig sinnlos in Gefängnissen verbringen müssen, ist in Deutschland eine 1800fache Realität. Was wir also brauchen, ist eine Debatte über die Vergangenheit und Gegenwart eines Staates, der immer mehr überwacht, wegsperrt und bestraft, ohne die dazugehörigen politischen und sozialen Hintergründe zu thematisieren. Aber diese Debatte fällt wohl aus.

*Felix Stumpf*



tendenz_01_2007_col.indd 7 28.05.2007 00:18:15

Debatte G8

# Gipfelstürmer oder Irrläufer?

Seit über einem Jahr sind viele Linke in Deutschland auf den Beinen. Im Juni treffen sich in Heiligendamm die Chefs der G8-Staaten, zahlreiche Proteste sind angekündigt. Auch JungdemokratInnen/ Junge Linke mobilisieren gegen den G8-Gipfel. Die Proteste: Ein Muss oder ein Irrweg für Linke?

## Radikaldemokratie auf den Gipfel treiben!

**Im Sommer treffen sich in Heiligendamm die Regierungschefs der G8-Staaten. Die Politik, die dort vorangetrieben wird, muss öffentlich kritisiert werden. Bei den Protesten vor Ort ergeben sich konkret Vernetzungszusammenhänge linken Widerstands, die auch über den G8-Gipfel hinaus sinnvoll sind und daher aufrecht erhalten werden sollten. Der G8-Gipfel bietet für die Linke eine der seltenen Möglichkeiten, von einer breiten, internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden.**

Die G8-Staaten rechtfertigen ihren Machtanspruch durch ihren Status als große Industrienationen und in Abgrenzung und Konkurrenz gegenüber anderen Ländern. Der selbst ernannte „Weltwirtschaftsgipfel" steht für ein System nationalstaatlicher Wirtschaftsräume, die im globalen Wettbewerb organisiert sind.
Das G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm symbolisiert die ungleiche Verteilung von Wohlstandsgütern, eine Abschottung der westlichen Welt und eine zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich. Die Gipfeltreffen selber sind dabei nur Knotenpunkte komplexer Herrschaftsverhältnisse. Die Protestwoche in Heiligendamm ist jedoch ein wichtiger Anlass, um grundsätzliche Kritik zu artikulieren.

**Konkrete Politik und undemokratische Herrschaftsverhältnisse**

Die Staats- und Regierungschefs der G8 sind von ihren BürgerInnen formal demokratisch gewählt, jedoch nicht von allen, die von ihren Absprachen und Handlungen betroffen sind. Die Gruppe der Acht ist nicht legitimiert, durch ihre militärische und ökonomische Überlegenheit weit reichende Entscheidungen über die Geschicke der Menschen anderer Länder zu treffen. Zudem üben die Absprachen, die Merkel und Co treffen, anschließend Druck auf die nationalen Parlamente aus. Rund um die Gipfeltreffen ist ein festes politisches Rahmenprogramm entstanden. Zusätzlich zu den medial stark inszenierten Treffen der Staats- und Regierungschefs stimmen die MinisterInnen und diverse Expertengruppen ihre Politik in weiteren Treffen untereinander ab. Die G8 verhandeln dabei auch, wie sie ihre Interessen gegenüber anderen Ländern geschlossen durchsetzen können.

**Kritik formulieren und Alternativen aufzeigen**

Die G8 machen konkrete Politik und halten die Regeln eines kapitalistischen und rassistischen Systems aufrecht. Dieses System ist veränderbar und in der Zeit der Mobilisierung nach Heiligendamm besteht die Chance, Interesse zu wecken und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Natürlich wird etwa die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit auch sonst diskutiert.
Aber über die Protestwoche bekommen wir eine verstärkte Aufmerksamkeit. Zum Beispiel finden bundesweit Aktionen vor AusländerInnenbehörden statt. Gemeinsam ist den linken GipfelkritikerInnen, dass sie Alternativen aufzeigen und Widerstand zum herrschenden System leisten: Weltweit und lokal, in der Theorie und Praxis, im Freundeskreis oder im großen politischen Zusammenhang, bei konkreten Aktionen im Schulalltag oder bei globalen Ereignissen wie dem G8-Gipfel.

*Anna Weber*

## Wie die Welt ist und was die G8 dafür kann.

**Die Welt ist nicht gerade schön eingerichtet. Und es gibt gute Gründe anzunehmen, dass das alles besser gehen kann. Aber was ist denn das Problem? Die G8 nicht, die Gesellschaft in ihrer Gänze schon.**

Nationalstaaten und Kapitalismus sind Alltag. Sie bestimmen unser Leben so sehr, dass das manchen gar nicht auffällt. Durch Nationalstaaten werden Menschen erst zu AusländerInnen, durch Kapitalismus werden sie zu Konkurrierenden um Arbeitsplätze und Absatzmärkte. Alle Menschen, die nicht vom Arbeitsamt gegängelt werden wollen und – in Ländern ohne Sozialsystem – nicht verhungern oder erfrieren wollen, sind gezwungen zu arbeiten. Für das Überleben ist es erst mal unwichtig, was die Menschen arbeiten wollen, wichtiger ist, dass die Kohle stimmt. UnternehmerInnen unterliegen ähnlichen Zwängen. Sie müssen möglichst viel Profit machen, um diesen reinvestieren zu können. Tun sie das nicht, verlieren sie gegenüber anderen Unternehmen Marktanteile und gehen letztendlich Bankrott. Um ihre eigene Existenz zu sichern, müssen alle andauernd gegeneinander arbeiten. Dass dabei manche auf der Strecke bleiben – ob nun psychisch oder physisch –, ist klar.

**There's no business ...**

Dieser Zustand gesellschaftlich hergestellter Konkurrenz wird von vielen Gipfelstürmenden gar nicht kritisiert. Wofür sie die G8 verantwortlich machen, ist das Wohlstandsgefälle, das die Welt in einen reichen Norden und einen armen Süden teilt. Dass dieser Zustand unhaltbar ist, steht außer Frage. Das Bild der allumfassenden Herrschaft der G8 ist jedoch falsch: In dieser Gesellschaft herrschen Regeln, denen alle unterworfen sind und für die sich keine Person oder Organisation verantwortlich zeichnet, sondern nur die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Wenn die Gipfelstürmenden die internationale Politik für den Zustand verantwortlich machen, sparen sie die Teile der Bevölkerung aus, die mit diesem Zustand im Großen und Ganzen einverstanden sind und ihrer Unzufriedenheit meist in rassistischer, sexistischer und antisemitischer Weise Luft machen. Kapitalismus und Nationalstaaten auf der einen Seite und die reflexhafte und im Kern häufig menschenfeindliche Verklärung dieser Zustände sind also das Problem. Ein Abschaffen der G8 würde an dem Bestehen des Problems nichts ändern.

**... like business.**

Auch wenn mensch die G8 nur als symbolische Repräsentanz der Verhältnisse sehen würde: Um gegen konkrete Missstände vorzugehen, ist es sinnvoller, sich an konkreten Objekten (Abschiebeknast, Nazikriegsdenkmal, Schule) abzuarbeiten und auch dort zu protestieren. So viel Einfluss, wie dem G8-Gipfel zugeschrieben wird, hat dieser nicht. Die Welt, in der wir leben, ist primär von abstrakten Zwängen geprägt, die sich nur bedingt steuern, aber besser komplett abschaffen lassen. Um sich für den Protest gegen etwas Abstraktes ganz reale PolitikerInnen vorzunehmen, die viele Gipfelstürmenden für alles Übel in der Welt verantwortlich machen, ist nicht besonders schlau.

*David Waldecker und Simon Faller*

## Was ist die G8?

wurde Mitte der 70er Jahre, damals noch ohne Russland gegründet, um auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren: Das Ende des „Wirtschaftswunders", die Ölkrise, den Zusammenbruch des Systems stabiler Wechselkurse (Abkommen von Bretton-Woods) und das Aufbegehren der „Dritten Welt". Zeitgleich begannen viele der ehemals kolonialisierten Länder auf der internationalen politischen Ebene über die UNO eine „neue Weltwirtschaftsordnung" zu fordern. Doch die Länder des „globalen Südens" konnten sich nicht durchsetzen. In den 90er Jahren wurden sie durch die von der G7 dominierten Institutionen Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank gezwungen, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik den Vorstellungen der G7-Länder anzupassen. Die verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen nach dem neoliberalen Leitbild des „Washington Consensus" hatten zumeist katastrophalen Folgen für viele Menschen, z.B. den Abbau von Sozial- und Gesundheitswesen oder die Privatisierung von Wasser. Noch heute sind Schuldenerlasse für die Entwicklungs- und Schwellenländer und unterstützend gemeinte „Entwicklungshilfepolitik" oft an neoliberale Bedingungen der Industrieländer gebunden und so im Sinne des „Nordens". Ebenso werden fast alle wichtigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Initiativen im Kreis der G7 plus Russland diskutiert, bevor sie auf globaler Ebene, z.B. in der Welthandelsorganisation (WTO) auf die Tagesordnung kommen. Zudem beeinflussen die multinationalen Konzerne mit Hauptsitz in den Industrieländern stark die Themensetzung und Politik der G8, z.B. wenn es um Patente auf Medikamente geht.



tendenz_01_2007_col.indd 8 28.05.2007 00:18:16

Ode an das Sommercamp

# Party, Plantschen und Politik

**Theresa Gessler, Jungdemokratin aus Baden-Württemberg, begründete im Gespräch mit tendenz, warum es sich lohnt, für das Sommercamp quer durch die Republik zu reisen.**

**tendenz:** *Theresa, kannst Du uns erstmal kurz beschreiben, was das Sommercamp von JungdemokratInnen / Junge Linke (JD/JL) und der Linken SchülerInnen Aktion (LiSA) überhaupt ist?*

**Theresa:** Jeden Sommer treffen sich an der Ostsee bei Wismar Horden junger Menschen zum „Linken Camp zur rechten Zeit". Das ist nun schon eine richtige Tradition, und manche Leute verbringen jedes Jahr ihren Sommerurlaub dort. Anderthalb Wochen geht das Ganze, aber viele kommen auch nur für ein paar Tage vorbei. Wir versuchen, den tagtäglichen Irrsinn einfach mal zu vergessen, und beschäftigen uns deshalb nicht mit Star-Beziehungskisten oder den neuesten Ufo-Sichtungen der Sommerloch-Presse, sondern diskutieren am Ostseestrand unsere Vorstellungen für eine andere Welt.

*Damit sind wir ja gleich bei der Politik: Habt Ihr ein bestimmtes Thema oder Motto?*

Nein, ein übergreifendes Thema gibt es nicht: Globalisierung wird vorkommen, Kapitalismuskritik und soziale Gerechtigkeit, aber auch Antifaschismus, Menschenrechte, Asylpolitik oder die europäischen Einigung, Geschlechterverhältnisse, Ökologie, Bildungspolitik und Demokratietheorien... – ganz nach Interessenlage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

*Und wie sieht das dann konkret aus? Wie „macht" Ihr Politik dort?*

Damit für alle etwas dabei ist, finden jeden Tag mehrere Workshops und Arbeitskreise parallel statt – mit der Crème de la Crème unserer ReferentInnen. Dabei können alle kontrovers debattieren und gepflegt streiten oder auch nur interessiert zuhören. Und wem das nicht reicht, der oder die findet auch beim (Sonnen-)Baden oder am abendlichen Lagerfeuer DiskussionspartnerInnen für tiefsinnige Gespräche und neue Theorien. Außerdem wird noch eine Podiumsdiskussion mit internationalen Teilnehmenden stattfinden – und wer weiß, vielleicht werden direkt vor Ort die nächsten politischen Aktionen gestartet!

*Du hast von internationalen Gästen gesprochen. Woher kommen die denn so?*

Der Kontakt besteht meist über unser europäisches Netzwerk Endyl, das steht für European Democratic Young Left. Die Gäste kommen von unseren Partnerorganisationen in Österreich, Finnland und Polen. Und natürlich bringen sie ihre politischen Themen und Erfahrungen mit. Das sind immer sehr interessante Gespräche. Die Arbeitsgruppen werden für sie zum Teil auch auf englisch und französisch übersetzt, damit sie mitdiskutieren können.

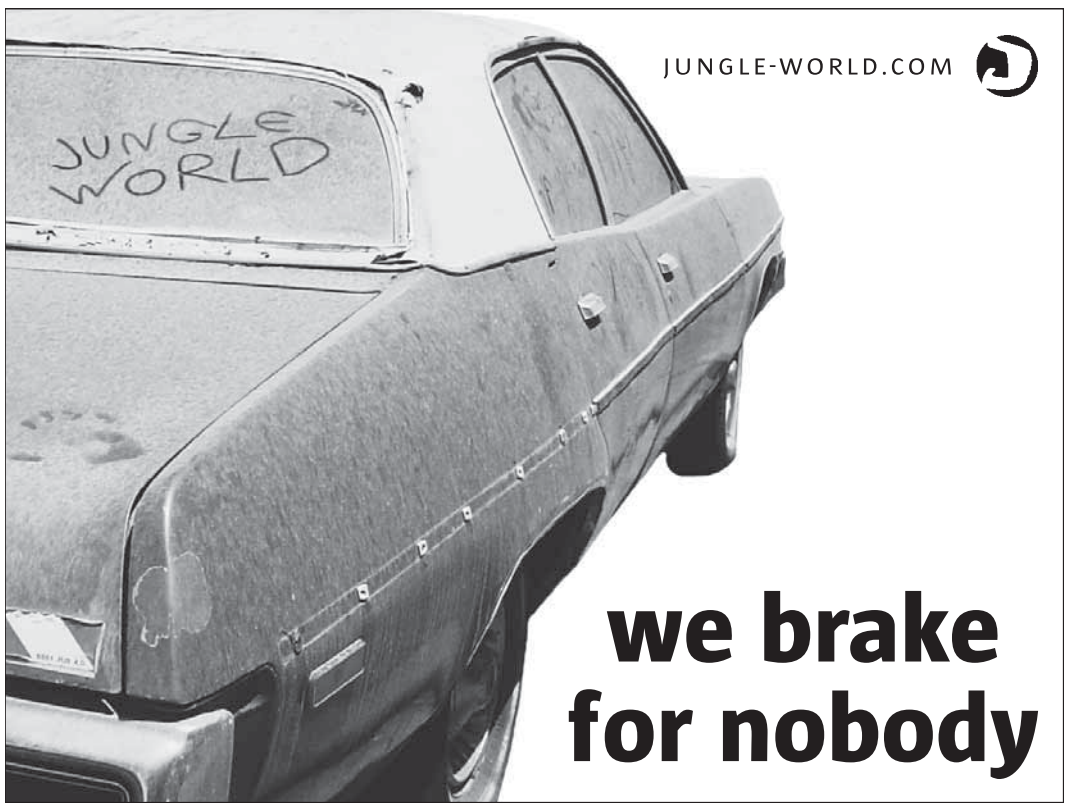
*Das klingt jetzt aber alles nach ganz schön viel Arbeit ...*

(lacht) Nein, natürlich gibt es auch Entspannung. „Kultur-AGs" und alles, was die Ostsee zu bieten hat: schwimmen, sonnenbaden, schlafen. Am Abend gibt es regelmäßig Fußballturniere, Filmprogramm und Musik – sowohl für singfreudige Gitarren-Lagerfeuer-Romantiker als auch für Freundinnen elektronischer Tanzmusik. Wir haben eine sensationell günstige Cocktailbar und die besten Partys von Beckerwitz zu bieten.

*Und wird auch gecampt, wenn die Sache schon Camp heißt?*

Ja sicher, die lockere Campingatmosphäre fördert der Erfahrung nach bleibende Freundschaften und intensive Kontakte mit einigen der nettesten Menschen Europas. Das geht da praktisch von selber. Aber keine Angst: Auch wir sind keine Profi-Camper und hauen beim Heringe einschlagen mindestens genauso oft daneben wie alle anderen. Wem das Zelten zu sehr nach Abenteuer, Matsch und Schweißgeruch klingt, kann ich beruhigen: Es gibt auch echte Duschen, Klos und alles was linken Freunden zivilisatorischer Standards noch fehlen könnte. Zur Versorgung gibt es noch unseren Camp-Shop „Konsum", der alle mit Camping-Bedarf und Grillutensilien versorgt. Also: Mit unserem Ostsee-Zelten kann kein Pauschalurlaub auf Mallorca konkurrieren!

*Sicherlich nicht!*
*Vielen Dank für das Gespräch.*



**Wieso gerade 3600?** Zunächst könnte man das ja für Spielerei halten: Die *junge Welt* wird 2007 immerhin 60 Jahre alt. Und 60 x 60 ergeben 3600. Wichtiger sind andere Überlegungen: Zum einen gibt es nicht nur Zuwächse im Abobereich – wir verlieren auch Abonnements. Selten wegen Unzufriedenheit; der mit Abstand am häufigsten genannte Grund für Abbestellungen ist ökonomischer Natur. Die Verschärfung der sozialen Lage trifft auch viele unserer Leserinnen und Leser. Wir bieten zwar drei Preisklassen an, um dem gerecht zu werden. Das Sozialabo können wir aber nicht billiger machen. Zunächst brauchen wir also Abos oder Mehreinnahmen durch einen Preisumstieg, um diese Abbestellungen auszugleichen. Seit etwa 2001 gelingt uns das. Zum anderen genügt das aber noch nicht, um Mehrkosten und Weiterentwicklungen zu finanzieren. Dazu braucht es deutlich mehr Zu- als Abgänge. Veranstaltungen wie die Rosa-Luxemburg-Konferenz wären nicht mehr zu finanzieren, konkrete Beiträge zur internationalen Solidarität (etwa die Mitwirkung beim deutschen Auftritt auf der Buchmesse in Havanna) nicht mehr leistbar. **Verlag, Redaktion, Genossenschaft**

**Ja, ich möchte die junge Welt für drei Wochen testen. Das Abo ist kostenlos und verlängert sich nicht automatisch.**

☐ Frau ☐ Herr

Name/Vorname tendenz

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

**Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse**

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

**Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-44**

**EDITION**

**Das neue Themenheft von *Le Monde diplomatique***

**Alles über China**

Edition N°1 • 2007
»China: Verordnete Harmonie, entfesselter Kapitalismus«

112 Seiten | 8,50 € | ISBN 978-3-937683-09-6

Jetzt bestellen:
T (030) 25 90 21 38 | F (030) 25 90 26 80
www.monde-diplomatique.de

**LE MONDE *diplomatique***
**Der globale Blick**



tendenz_01_2007_col.indd 9 28.05.2007 00:18:17

Verantwortung lässt sich nicht abschieben

# Abschiebehaft abschaffen!

**Asyl ist in internationalen Vereinbarungen und im Grundgesetz der BRD verankert. Doch 50 000 Personen werden jährlich allein aus Deutschland abgeschoben.**

Büren ist ein kleines idyllisches Städtchen im Sauerland, aber der Schein trügt: 8 km weiter findet mensch ein Szenario, das an die alte innerdeutsche Grenze erinnert. Mitten im Wald türmt sich eine 6,50 Meter hohe Mauer auf. Videokameras, Sicherheitsschleusen, Zäune, Schranken und ständige Überwachung: So sieht der größte Abschiebeknast der BRD aus. Die ehemalige belgische Kaserne wurde 1993 für 35 Millionen DM zum Hochsicherheitsknast umgebaut. Die Kapazität beträgt ca. 530 Haftplätze, jedes Jahr durchlaufen ca. 3500 Flüchtlinge den Abschiebeknast.
In Ingelheim ist der Knast nur wenig abseits gelegen, wird aber, genau wie in Büren, vor Ort kaum wahrgenommen. Ebenfalls hohe Mauern und Zäune, ebenfalls Kameras und Stacheldraht. Dieser Knast existiert seit 5 Jahren und ist für 152 Insassen konzipiert. Er zählt zu den modernsten Deutschlands und ist der einzige verbliebene Abschiebeknast für Rheinland-Pfalz und das Saarland. Derzeit sitzen etwa 40 bis 50 „Ausreisepflichtige“ ein.
Nach § 57 des Ausländergesetzes können MigrantInnen in Abschiebehaft genommen werden, wenn sie versuchen, sich der Abschiebung zu entziehen oder der „begründete Verdacht“ darauf besteht. Die Häftlinge sind keine VerbrecherInnen, sondern wollen Krieg und Verfolgung oder Hoffnungslosigkeit entfliehen. Manche sind in unserer Gesellschaft integriert, beherrschen die deutsche Sprache und sind schon lange in Deutschland. Die Entscheidung liegt im Ermessen des Ausländeramtes. Die Haftdauer kann bis zu 18 Monate betragen.

Außenansicht von Büren

Im Innenhof von Büren

In Büren werden regelmäßig 30 bis 40% der Inhaftierten wieder aus der Haft entlassen, weil sie widerrechtlich inhaftiert waren, in Ingelheim ist dieser Anteil sogar noch höher: Von 200 Menschen, die eine Rechtsberatung bekamen, mussten 2005 laut Zahlen des Flüchtlingsrats Mainz ganze 90 wieder freigelassen werden.
Die „Schüblinge“ sind einer Zermürbetaktik ausgesetzt: 23 Stunden Haft in verschlossenen Zellen auf engstem Raum, eine Stunde Freigang in einem stacheldrahtumzäunten Zwinger, medizinische Versorgung beschränkt sich auf das allernotwendigste. Oft finden keine ausreichenden Übersetzungen statt, so dass viele ihre Situation gar nicht verstehen. Oftmaliges Hin- und Herschieben zwischen Abschiebeknästen ist die Realität. Abschiebeknäste und Abschiebelager im Inneren sind das Pendant zu den scharf bewachten Außengrenzen Europas. Der politische Sinn der Abschiebehaft ist die Abschreckung der MigrantInnen. Sie ist ein Baustein des modernen Migrationsmanagements, um gemeinsam mit anderen

Im Innenhof in Ingelheim

Gefängnisflur in Ingelheim

Eine ganz normale Zelle in Ingelheim

Maßnahmen MigrantInnen nach ökonomischen Nützlichkeitskriterien zu selektieren und unerwünschte Zuwanderung zu beschränken.
JungdemokratInnen/Junge Linke setzen sich schon lange gegen das unmenschliche Migrationsregime und Europas Abschottungspolitik ein und rufen dazu auf, sich an den Demonstrationen in Ingelheim am 23.06.07 unter dem Slogan „Abschiebehaft abschaffen - Bleiberecht und Partizipation statt Ausgrenzung und Rassismus“ und in Büren am 02.09.07 unter dem Motto „Flucht vor Krieg, Krieg gegen die Flüchtlinge“ zu beteiligen.
Asyl ist Menschenrecht!

*David Rothfuss*

Fotos aus Büren: Achim Pohl
Fotos aus Ingelheim: Demobündnis
Mehr Infos:
www.abschiebeknast-ingelheim.de
www.aha-bueren.de

Bleiberecht für Geduldete

# Wenig Humanität – viele Restriktionen

**Mit der beschlossenen Bleiberechtsregelung versucht die große Koalition, in der Öffentlichkeit ihr Image menschlich aufzupolieren. Geduldete MigrantInnen und Flüchtlinge, die schon lange in Deutschland leben und fest integriert sind, sollen ein Bleiberecht erhalten. Ende März 2007 hat die Bundesregierung eine solche Bleiberechtsregelung auf den Weg gebracht. Die Regelung ist allerdings so restriktiv gefasst, dass nach Schätzungen nicht einmal die Hälfte der rund 190.000 Geduldeten von dieser Regelung profitieren wird.**

Der Bleiberechtsregelung der Bundesregierung war eine ähnliche Regelung der Landesinnenminister vom November 2006 voraus gegangen. Allerdings ist die Regelung des Bundes insofern großzügiger, als sie das Bleiberecht auch dann gewährt, wenn die Betroffenen noch keine Arbeit vorweisen können. Bis Ende 2009 haben sie Zeit, einen Job zu finden, sonst wird das Bleiberecht entzogen und die Abschiebung droht. Wer auf Dauer keine Arbeit findet, der fliegt raus. Gegenüber den Betroffenen ist dies blanker Zynismus. Jahrelang hat man ihnen verboten zu arbeiten und nun müssen sie sich aus dem Stehgreif in den Arbeitsmarkt integrieren. Besonders inhuman ist die Regelung im Umgang mit alten Menschen, Erwerbsunfähigen und Behinderten. Sie müssen ihren Lebensunterhalt inklusive Betreuung und Pflege ohne Leistungen der öffentlichen Hand dauerhaft sichern können. Das ist unrealistisch und inhuman. Nicht alle haben Angehörige, die das notwendige Geld aufbringen können, um von Sozialleistungen unabhängig zu sein.
Aber selbst wer seinen Lebensunterhalt selbst sichern kann, hat keine Garantie auf Bleiberecht. Die Geduldeten müssen sich bereits seit acht Jahren (Alleinstehende) oder sechs Jahren (Familien) in Deutschland aufhalten. Wer noch nicht so lange in Deutschland lebt, hat keine Chance. Um das Lieblingsthema der Union nicht zu vergessen: Als Zeichen guter Integration müssen die Anwerber auf das Bleiberecht natürlich Deutsch sprechen. Was sonst. Gesetzesübertritte, die über das mehrmalige Fahren ohne Fahrschein hinausgehen, dürfen nicht aktenkundig sein.
Eine weitere Hürde zum Bleiberecht gibt den Ausländerbehörden mehr oder weniger einen Freibrief, nach eigenem Gusto den Stab über die Bleiberechts-KandidatInnen zu brechen: Wer in der Vergangenheit die eigene Abschiebung nicht tatkräftig unterstützt hat, zum Beispiel bei der Beschaffung von Reisedokumenten, wird vom Bleiberecht ausgeschlossen. Im Zweifel kann die Ausländerbehörde einfach behaupten, bei besserer Kooperation wäre die Abschiebung längst möglich gewesen. Die Betroffenen werden so der Willkür der Ausländerbehörden ausgeliefert.
Während die große Koalition die Bleiberechtsregelung als Akt der Humanität öffentlich feiert, bereitet sie hinter den Kulissen eine erneute Verschärfungswelle des Asyl- und Ausländerrechts vor. Asylsuchende, für die ein anderer EU-Mitgliedstaat zuständig sein könnte, sollen künftig systematisch inhaftiert werden, der Ehegattennachzug massiv verschärft werden: Nur wer Deutsch schon im Ausland gelernt hat, soll nachziehen dürften. Hier soll eine soziale Auslese nachreisender Familienmitglieder betrieben werden. Dies sind nur zwei Beispiele eines umfassenden Verschärfungskatalogs. Das zeigt: Von einem an Menschenrechten orientierten Asyl- und Einwanderungsrecht ist Deutschland noch weit entfernt. Abschottung und autoritäre Gängelung sind die Merkmale der aktuellen Asyl- und Migrationspolitik.

*Marei Pelzer*

Interview mit dem Regisseur Michael Richter

# Abschiebung im Morgengrauen

**„Abschiebung im Morgengrauen“, ist eine mit „Civis“ und „Grimme-Preis“ ausgezeichnete Dokumentation von 2005, die nicht nur mehrere Abschiebungen zeigt, sondern auch tiefe Einblicke in die Behördenlogik der Ausländerbehörden in Hamburg gewährt, die die Abschiebungen durchführen und anordnen. Tendenz sprach mit Regisseur Michael Richter.**

*Herr Richter, wie kamen Sie überhaupt auf das Thema Abschiebung?*
Mein Ausgangspunkt waren zwei Reisen in den Kosovo für Filmprojekte über das dortige Leben von Abgeschobenen. Und es ging ihnen schlecht. Ich habe ein Projekt über Abschiebungen verschiedenen Fernsehanstalten vorgeschlagen, aber die wollten nicht – das sei nicht interessant für den deutschen Markt, nicht gut für die Quote, waren die Argumente. Mit dem NDR wurde schließlich die Idee entwickelt, als Ausgangspunkt für den Film eine lokale Behörde – eben in Hamburg – zu nehmen. Das Projekt hatte eineinhalb Jahre Vorlauf, und zwischendrin dachte ich manchmal, das klappt nie!

*In einer Szene schwenkt die Kamera in der Behörde auf den Bildschirmschoner einer Sachbearbeiterin. Dort steht: „Wir buchen, sie fluchen – Never come back airlines“. Hat sich niemand gescheut so etwas vor der Kamera zu zeigen?*
Es gab schon vor Drehbeginn eine lange Phase der Vertrauensbildung mit den Ausländerbehörden. Fast sechs Monate lang war das Team vorbereitend immer wieder in der Behörde, schon vorher bei einer nächtlichen Abschiebung dabei. So kannte ich alle, das ist Vertrauensarbeit. Das Drehteam war dann einfach akzeptiert. Die Perspektive der Ausländerbehörde war nach meiner Interpretation diese: Sie fühlten sich stark, sie denken, sie tun eine wichtige Arbeit, die in der Öffentlichkeit immer verkannt wird, und sahen den Film als Chance, sich zu präsentieren.
Hinterher fühlten sie sich reingelegt von dem Film und von dem Sturm der Entrüstung, den der Film ausgelöst hat. Sie haben sich dann verraten gefühlt. Aber: Es ist nichts manipuliert. Es ist so gelaufen, wie der Film es zeigt. Wir haben einfach alles mitgefilmt. Und es gab nie eine offizielle Eingabe an den NDR.

*Wie haben die Schüblinge auf Sie reagiert? Es ist doch erstaunlich, dass sich Leute mitten im größten Leid noch filmen lassen?*
In der Behörde selbst gab es eine Reihe von Leuten, die nicht beim Vorsprechen beim Sachbearbeiter gedreht werden wollten. Solche, die die Kamera dabei hatten, fühlten sich dabei eher sicherer.
Beispielsweise bei der Abschiebung am Ende des Films hat die Familie unsere Anwesenheit als gut aufgefasst. Andere wollten es nicht – verständlich. Man stelle sich vor, man wird nachts um drei geweckt, hat eine halbe Stunde Zeit zum Packen und dann sind da noch Menschen mit Kamera. Im Zweifel denkt man natürlich: Die sind auch noch gegen mich.

*Der Film ist wirklich aufrüttelnd. Haben Sie mit der Doku bewusst einen Beitrag zur politischen Diskussion geliefert?*
Klar, das war das Ziel. Wenn ich zuvor Ergebnisse von Recherchen zu Abschiebung erzählt habe, dann hat mir die kein Mensch geglaubt.
Ich glaube, der Film hat etwas geändert. Ich glaube, dass der Film der breiten Öffentlichkeit gezeigt hat: So etwas passiert hier in Deutschland. Der Film führt vor, was die meisten Menschen nicht für möglich gehalten haben.

*Für JungdemokratInnen stellt sich die Frage: Wie kommt man an den Film heran? Wo gibt es ihn? Kann man ihn bei Infoveranstaltungen zeigen? Wie kommt man an Michael Richter heran?*
In den nächsten Monaten bin ich sehr beschäftigt. Aber im Prinzip bin ich schon für Veranstaltungen zu haben, war auch schon auf einigen. Ich freue mich auch immer, wenn der Film gezeigt wird. Die Dokumentation nonkommerziell zu bekommen und zu zeigen, ist über Absprache mit mir auch möglich.

*Das Gespräch führte Astrid Papendick.*
*Kontakt zu Michael Richter über die Redaktion.*



tendenz_01_2007_col.indd 10 28.05.2007 00:18:19

Die Balkan-Politik der EU

# EU-Kolonie Kosovo?

**Im Auftrag der Vereinten Nationen hat der finnische Ex-Präsident Martti Ahtisaari am 26. März den UN-Sicherheitsratsmitgliedern einen Plan für den weiteren Status des Kosovo vorgelegt. Dieser Plan sieht die de facto Herauslösung des Kosovo aus Serbien vor. Deshalb wird er von serbischer Seite mit Unterstützung Russlands scharf abgelehnt.**

Es ist ein völkerrechtlich bisher einmaliger Vorgang: Erstmalig würde nach dem vorliegenden Plan mit Zustimmung der UNO die territoriale Souveränität eines Mitgliedslandes ohne dessen Einverständnis beschnitten. Die Voraussetzung für diesen Vorgang war der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Vorbereitet von Luftangriffen war die NATO 1999 mit deutscher Beteiligung in die jugoslawische Provinz Kosovo einmarschiert, worauf das Gebiet einer „Übergangsverwaltungsmission“ der UN (UNMIK) unterstellt wurde.

**Marktwirtschaft als Verfassungsgrundsatz**

Auch auf albanischer Seite finden Ahtisaaris Vorschläge keineswegs ungeteilte Zustimmung, denn de facto soll der Kosovo kein souveräner Staat werden, sondern eine Kolonie der Europäischen Union. Der EU-Sonderbeauftragte erhält faktisch die uneingeschränkten Befugnisse eines Prokonsuls: Er kann z.B. alle Gesetze des kosovarischen Parlaments und der Regierung annullieren und alle gewählten VertreterInnen und BeamtInnen entlassen. Darüber hinaus geht die Kontrolle über die Geld- und Wirtschaftspolitik des Landes, die in der Kosovo-Verfassung des Jahres 2001 der UNMIK übertragen wurde und die Einführung einer „freien Marktwirtschaft“ vorsieht, nun auf die EU über. Die offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb als Verfassungsgrundsatz erinnert an den gescheiterten Entwurf einer EU-Verfassung, in dem ebenfalls eine entsprechende Festlegung vorgesehen war. Kennen wir das mit der „freien Marktwirtschaft“ in einer Verfassung nicht von irgendwoher?

**Umfangreiche Privatisierungen**

UNMIK privatisierte im Kosovo umfangreich. Staatseigene Betriebe wurden enteignet und billigst verkauft. Zuständig war die Kosovo-Treuhand-Agentur (KTA). Privatisierungen wurden auch militärisch gegen Protest von Bevölkerung und ArbeiterInnenschaft durchgesetzt, beispielsweise durch die Besetzung der Trepca-Mine mit 800 KFOR-Soldaten. Die Gewinnung von Blei, Zink, Nickel und weiteren Metallen in den Minen und Schmelzen des Trepca-Bergbaukomplexes galt vor dem Krieg als bedeutendste Devisenquelle der Bundesrepublik Jugoslawien.
Die neoliberale Politik hat die soziale Situation der Bevölkerung weiter verschlechtert. Doch die Privatisierungen werden auch unter EU-Flagge weitergehen. Ahtisaari will dafür eine KTA-Nachfolgeorganisation mit denselben Kompetenzen. Kosovo soll so lange der Verwaltung Brüssels unterstellt bleiben, bis es seine „Europatauglichkeit“ unter Beweis gestellt hat. Ahtisaaris Vorschläge bedeuten, dass die EU im Kosovo in Zukunft per Dekret regiert. Notwendig ist dagegen eine Verhandlungslösung, die von beiden Seiten akzeptiert wird und dem Völkerrecht entspricht. Der derzeitige Weg führt zur Eskalation.

*Tobias Pflüger, MdEP*

*Bild: Astrid Papendick*

*Bild: Astrid Papendick*

Israel und Palästinensiche Gebiete

# Radikal Reisen!

Auch in diesem Sommer wollen wir uns wieder in Israel und dort insbesondere in den palästinensischen Gebieten über die aktuelle politische Situation informieren.
Nachdem vor kurzem noch ein innerpalästinensischer Bürgerkrieg zu drohen schien, hat sich nach der Neuzusammensetzung der Autonomieregierung nun scheinbar eine neue Chance für die Widerafnahme von Friedensverhandlungen ergeben.
Die politische Situation ist insbesondere in Palästina derzeit also stark im Fluss. Der Wahlsieg der Hamas bezeichnete eine Zäsur in vielerlei Hinsicht. Neben der Frage, welche Konsequenzen dies für einen Friedensprozess hat, stellt sich innenpolitisch die Frage, welche Auswirkungen die gestärkte Position der Hamas für die linksdemokratische Öffentlichkeit haben wird. Verändert sich mit der Regierungsbeteiligung der Hamas das öffentliche, kulturelle Leben in Palästina? Und wie wirkt sich das Aussetzen der internationalen finanziellen Unterstützung im Alltag der Palästinenser aus? Aber für eine Analyse der politischen Kräfteverhältnisse ist es ebenso relevant, die Gründe und Motive der Protestwähler nachzuvollziehen, die die Fatah primär wegen Korruptionsvorwürfen, militärischen Exessen und interner Korrumpiertheit abwählen wollten.
Insbesondere geht es während der Treffen und Diskussionen mit unserer Partnerorganisation, der Independence Youth Union – Jugendorganisation der Palestinian Democratic Union (Fida), darum, welche Perspektiven sich den demokratischen, friedenspolitisch orientierten Parteien stellen und wie sie Einfluss auf die Selbstverwaltungsstrukturen nehmen können. Aber auch in der israelischen Politik gab es Verschiebungen, die wir mit Vertretern der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung diskutieren wollen: Die israelische Regierung scheint von dem Programm eines unilateralen Teilrückzugs aus den besetzten Gebieten etwas abgerückt und an den Verhandlungstisch zurückgekehrt zu sein. Zudem besteht wieder eine pulsierende, kleine aber kreative Friedensbewegung, die teilweise eng mit palästinensischen Gemeinden zusammenarbeitet und eine nicht mehr zu ignorierende Gegenöffentlichkeit gegen die Gebietsannexionen durch den Verlauf der Trennungsanlage geschaffen hat.
Durch eine Vielzahl von Treffen, Diskussionen und Begegnungen wollen wir uns ein detailliertes und differenziertes Bild der Situation erarbeiten. Diese stehen diesmal insbesondere unter dem Oberthema, wie sich angesichts der neuen Entwicklungen der Charakter der palästinensischen Selbstverwaltung verändern wird und welche Herausforderungen sozialer, wirtschaftlicher, demokratietheoretischer und sicherheitspolitischer Natur an sie bestehen. Neben dem zwar sehr spannenden aber vollen Programm werden wir natürlich auch ein wenig Zeit für Sightseeing und Stadtbummel haben.

**Israel /Palästinensische Gebiete:**
**10 Tage, August/September 2007**
**Kosten: ca. 500 €**

Kommentar

# Weiter so, Europa?

Angela Merkel stellte ihre Antrittsrede für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vor dem Brüsseler Parlament unter die Überschrift „Europas Seele ist die Toleranz“. Daneben fiel ihr noch ein, dass Europa sich auch durch Talente und Technik auszeichne. Alliterationen gegen die Krise der Europäischen Union?

In diesen langweiligen Begriffen zeigt sich schon auf der ideologischen Ebene, dass trotz dem Scheitern der Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden von der deutschen Präsidentschaft nichts zu erwarten ist. Schon gar keine Antwort auf die Krise der Europäischen Union. Stattdessen gilt die Devise „Weiter so!“ Erklärtes Ziel der Ratspräsidentschaft ist es, den Verfassungsvertrag doch noch irgendwie durchzupeitschen.

Dabei käme es jetzt darauf an, nicht die Verfassungsleiche wiederzubeleben, sondern einen wirklich neuen Prozess zu beginnen, der demokratisch legitimiert ist und inhaltlich in eine neue Richtung weist. Am liebsten wäre es der deutschen Regierung wohl, die gescheiterte Verfassung einfach als Vertrag umzuetikettieren und dann (zumindest in Frankreich) ohne lästige Volksabstimmungen durchzubringen. Als Joker hat man sich überlegt, noch eine unverbindliche Erklärung zur Sozialpolitik abzugeben. Wie ernst diese zu nehmen wäre, sieht man daran, dass die Politik von Regierungen und EU-Kommission sich weiter an Deregulierung und freiem Wettbewerb orientiert. Um noch einen draufzusetzen, spricht sich Angela Merkel als Ratsvorsitzende auch für eine eigene EU-Armee aus.

Statt den Weg fortzusetzen, der zum Non und Nee in Frankreich und den Niederlanden geführt hat, käme es jetzt darauf an, einen neuen Verfassungsprozess zu initiieren, in dem die europäische Idee mit der Perspektive sozialer, friedlicher und demokratischer Politik inhaltlich gefüllt wird. Weil das aber im Gegensatz zur derzeitigen EU-Politik steht, kommt es auf den Druck von links an. Glücklicherweise zeichnet sich ab, dass die Linke in Europa langsam zu einer pro-europäischen Europakritik findet. Die Erkenntnis, dass die europäische Ebene ebenso wenig wie die nationalstaatliche den Neoliberalen überlassen werden darf, setzt sich allmählich durch. Ein neuer Verfassungsprozess könnte für die Linke eine Chance sein, mit dem Druck der gescheiterten Volksabstimmungen und der Krise der EU im Rücken zu versuchen, fortschrittliche Inhalte durchzusetzen.

Die Rechte wird unterdessen immer mehr zum Bremser für die europäische Idee. Nach Merkels Ansicht solle die EU kein Bundesstaat werden, stattdessen sollten die Nationalstaaten weiter ihre entscheidende Rolle behalten. Hier könnte die Linke ansetzen. Denn gerade für sie sollte doch die Aussicht auf die Überwindung der Nationalstaaten den europäischen Gedanken attraktiv machen.

*Marek Voigt*

**radikaldemokratischer Bauchladen** **fax: 030-44024666 mail: info@jdjl.org**

**Infopaket** mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen & Plakaten ❑

**Mit Sicherheit rassistisch – Flugblätter** ❑
Zum Beispiel: „Every Stepp you take..“ – Aufhebung des Datenschutz für MigrantInnen
„Abschottung total – die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts“ uvm.

**kein mensch ist illegal**
Plakat / Faltblatt „illegal lernen“ ❑
Plakat / Faltblatt „illegal bauen“ ❑
Plakat / Faltblatt „illegal putzen“ ❑
Plakat / Faltblatt „illegal krank“ ❑

**Handbücher**
Radikaldemokratie-Handbuch digital (0,50 €) ❑
Drugs & Politics – Broschüre zu Drogenpolitik (1,10 €) ❑
Gegen Arbeitszwang (1,50 €) ❑
Tipps & Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (0,50 €) ❑

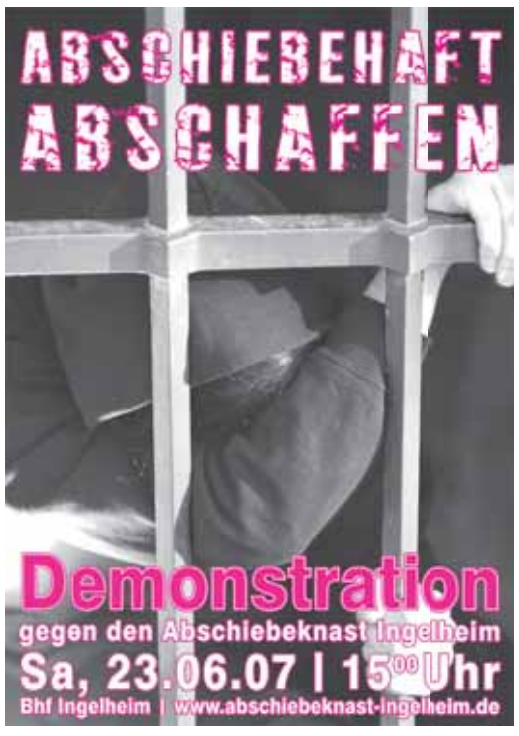
**Flug- & Faltblätter Auswahl**
„Pluralismus statt Deutschtümelei – Partizipation statt Assimilation“ ❑
„Die Verachtung völkerrechtwidriger Standards – der kalkulierte Angriffskrieg“ ❑
„Die ganze Richtung passt uns nicht!“– Faltblatt gegen Sozialabbau ❑
„Atomausstieg sofort! Gegen eine Renaissance der Atomkraft“ ❑
„Religion raus aus der Schule“ ❑
„Schule im Kapitalismus. Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will“ ❑

**Buttons**
____kl. Buttons, versch. Motiven (Stck. 0,50 €) ❑

**Plakat** Noten abschaffen! ❑
**Plakat** Kriegsdienste verweigern! ❑
**Plakat / Postkarte** Helm ab, Hirn rein! ❑
**Plakat / Postkarte** Deutsch mich nicht voll! ❑
**Plakat / Postkarte** Aus hygienischen Gründen wird diese Toilette videoüberwacht! ❑



tendenz_01_2007_col.indd 11 28.05.2007 00:18:22



## Bundesverband

**Camp im Camp auf dem G8 Gipfel.**

Wenn ihr zu uns kommen wollt, meldet Euch in der Bundesgeschäftstelle!

**Radikaldemokratische Wochenenden:**
22.-24.06 in Mainz und
21.-23.09 in Darmstadt

In inhaltlichen Arbeitskreisen diskutieren, Pläne und Aktionen schmieden und abends gemütlich entspannen.

**Geschichtsrevisionismus Wochendseminar**
13. bis 15.Juli 07, JH bei Mainz

Nicht nur zu Adornos Zeiten stellte die, wie er es nennt, „Bereitschaft, heute das Geschehene zu leugnen oder verkleinern“ ein Problem dar. Jahr für Jahr wird wahlweise der Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten, dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess oder gefallenen Wehrmachts- oder SS-Soldaten gedacht. Hier lässt sich Geschichtsverdrehung par excellence beobachten: Statt den Opfern der Nazis, wird der deutschen Täter gedacht.

Infos & Anmeldung: www.jdjl.org

## Berlin

**Every move you make**
**Seminar zu Überwachung**
**06. - 08. Juli 07**

Biometrische Reisepässe, RFID, Videoüberwachung - Der Überwachungswahn greift nicht erst seit der WM um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Demokratische Grund- und Freiheitsrechte werden mit Füßen getreten. Außerdem bringt die Totalüberwachung enorme Missbrauchs- und Fehlerrisiken mit sich. Man fragt sich, was noch fehlt zum totalen Überwachungsstaat.
Trotzdem hört man immer noch Leute sagen: “Na und? Ich habe ja nichts zu verbergen!“
Im Seminar zu Überwachung suchen wir Argumente gegen diesen Satz. Außerdem verschaffen wir uns einen Überblick über die technischen Neuheiten im Bereich Überwachung und Kontrolle.

**RED WATCH: Film und Diskussion**
11. Juni, 19 Uhr, JD/JL Laden:
“Montags in der Sonne”

Infos: www.jungdemokraten.de

## Hessen

**Rhetorik-Seminare**
Teil I: 15. - 17. Juni 07
Weilburg / Lahn
Teil II: 31. Aug - 02. Sept 07.

Vielen fällt es schwer, vor Gruppen zu sprechen oder in Diskussionen die eigene Meinung zu vertreten. Wir werden in Theorie und Praxis lernen, mit unseren eigenen Stärken und Schwächen umzugehen und die Redeangst in den Griff zu bekommen. Aber wir werden uns auch damit befassen, was „miteinander sprechen“ bedeutet: Wie sprechen wir und mit welchem Ziel?

**Stammtisch**

Jeden dritten Mittwoch im Monat laden Jd/Jl Hessen nach Frankfurt zum Stammtisch ein. Wir treffen uns um 19 Uhr in der Apfelweinkneipe „Stalburg“ zum Kennenlernen und Diskutieren. Interessenten sind herzlich willkommen!

**Geplant:**
Wirtschaftsdemokratie-Seminar
Geschlechterverhältnisse-Seminar

Infos & Anmeldung:
www.jungdemokratenhessen.de

## Nordrhein-Westf.

**„Kirche und Staat“ -**
**Seminar zu Kirchenkritik**
16.-17. Juni 07
Soziales Zentrum, Bochum

Religiöser Fundamentalismus ist ein beliebtes Thema in der herrschenden Meinungsmache, um andere Gesellschaften zu diffamieren. Die Verflechtung von Kirche und Staat in der BRD ist dagegen weitgehend einer öffentlichen Debatte entzogen. Obwohl die beiden großen Kirchen nur noch über eine schwindende Verankerung in der Bevölkerung verfügen, ist unsere Gesellschaft durch einen weltweit einmaligen christlichen Fundamentalismus gekennzeichnet.

**Das Jubiläumsspektakel 2007**
19.-21.Oktober 07
Soziales Zentrum, Bochum

Infos: www.jungdemokratinnen.de

## Rheinland-Pfalz

**Dass Auschwitz nicht noch einmal sei**
Wochenendseminar zur Geschichte und Aktualität des Antisemitismus
Fr.-So. 15. - 17. Juni 07, JH Koblenz

Antisemitismus ist nach 1945 nicht ausgestorben. Studien belegen, dass 20 bis 30% der deutschen Bevölkerung antisemitischen Denkmustern zustimmen. Wo und in welcher Form treten antisemitische Ressentiments heute zu Tage, wer bedient sie und warum sind sie wieder weitgehend salonfähig? Das Seminar wird sich, in Abgrenzung zu einem mittelalterlichen Antijudaismus, vor allem mit dem modernen Antisemitismus ab dem 19. Jahrhundert beschäftigen. Um diesen Antisemitismus zu erklären, wollen wir verschiedene Theorieansätze gemeinsam diskutieren.

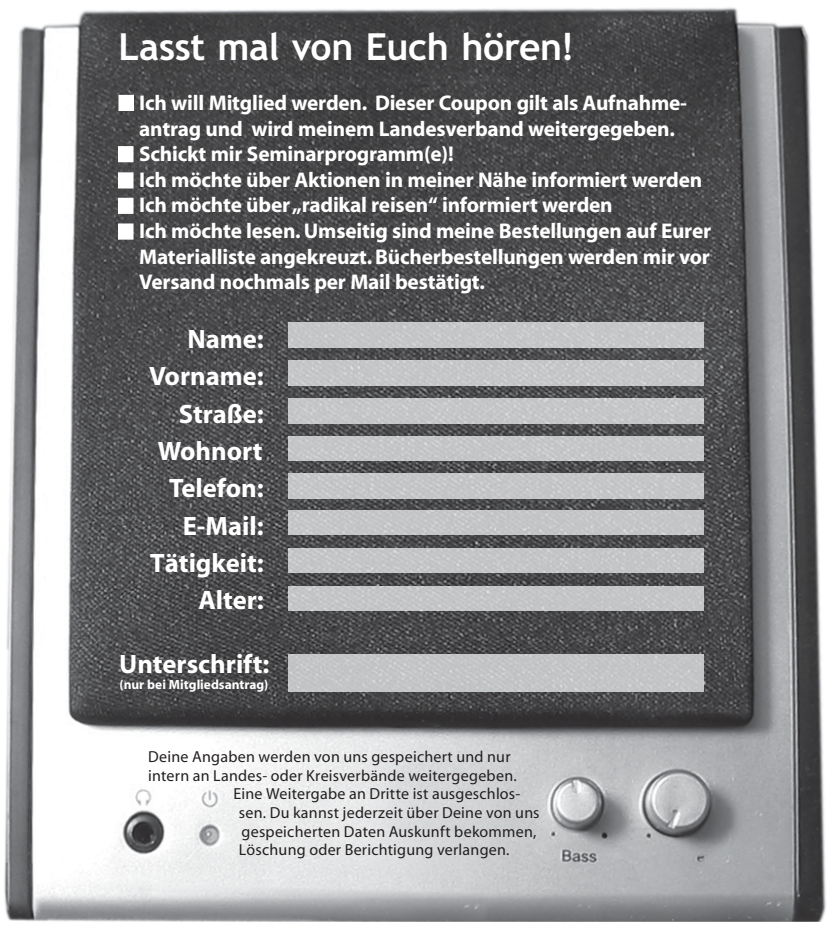
**30. Juni 07 Tagesseminar:**
Vertriebene Deutsche

Eine Kritik an Vertriebenverbänden, ihrer Geschichte und ihrer Weichzeichnung in der Presse.
Mit Erich Später.

Infos & Anmeldung: www.jd-jl-rlp.de

# Coupon für mehr...

Senden an: Bundesgeschäftsstelle JungdemokratInnen / Junge Linke,
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin;
Fon: (030) 4402 4864; Fax: (030) 44 02 48 66; Mail: info@jdjl.org, Web: jdjl.org




## JungdemokratInnen / Junge Linke

**parteiunabhängig**
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

**außerparlamentarisch**
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen – im Gegensatz zur herrschenden Ideologie – keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

**für radikale Demokratie**
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

**für Emanzipation**
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

## Impressum:

*tendenz* - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030–440 248–64, Fax: -66; bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Die Publikation wird aus Mitteln des BMFSFJ gefördert.

*Redax*: David Waldecker (ViSdP), Gunther Heinisch, Eric von Dömming, Konrad Macholdt, Gesa Heinbach, Vera Wallrodt, Felix Werdermann

*Gestaltung*: Kaya Deniz, Daniel Leisegang und Astrid Papendick
*Belichtung / Druck*: Union-Druck Berlin

*tendenz* versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

*Eigentumsvorbehalt*:
Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

Illustrationen, soweit nicht kenntlich gemacht, von Eric Drooker (www.drooker.com).